

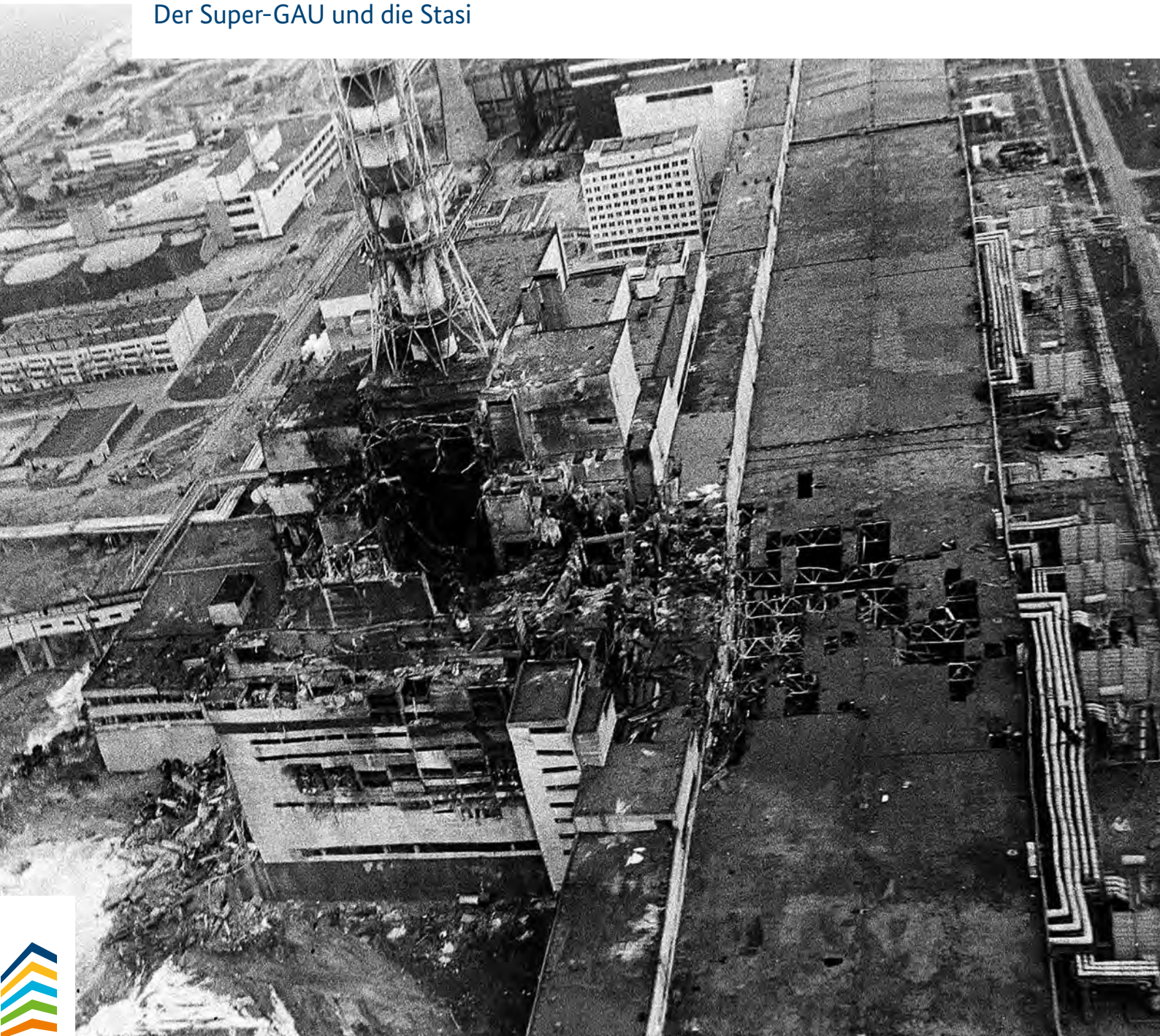


Das
Bundesarchiv

EINBLICKE IN DAS
STASI-UNTERLAGEN-ARCHIV
DOKUMENTENHEFT

Tschernobyl

Der Super-GAU und die Stasi



Tschernobyl

Der Super-GAU und die Stasi

Die vorliegende Auswahl an Dokumenten aus dem Stasi-Unterlagen-Archiv bildet ab, wie sich die Ereignisse in den Stasi-Akten widerspiegeln und nimmt keine weitere Deutung der Quellen vorweg. Die Leserschaft möge den Spielraum zur eigenen Interpretation und persönlichen Auseinandersetzung mit historischen Dokumenten nutzen. Der Verzicht auf eine quellenspezifische Interpretation der nachfolgenden Berichte und Bilder soll den Leserinnen und Lesern ermöglichen, sich selbst einen lebendigen Einblick zu verschaffen. Dieses Dokumentenheft soll damit auch als Anregung dafür dienen, sich mit historischen Einordnungen und weiterführenden Studien zu beschäftigen.

Inhalt

Vorwort	4
Die Informationslage der Stasi	8
Bericht im Zusammenhang mit der TASS-Meldung über eine Havarie im Kernkraftwerk Tschernobyl/Ukraine	9
Meldung zur Havarie im ukrainischen Kernkraftwerk Tschernobyl	11
Gespräch mit Genossen Staatssekretär Prof. Dr. Sitzlack	16
Anfrage des Komitees für Staatssicherheit zum Vorkommnis im Kernkraftwerk in der Nähe von Kiew	18
Information im Zusammenhang mit der Havarie im KKW Tschernobyl	19
Treffbericht IMS „Werner Lorenz“	21
Anlage zum Treffbericht IMS	22
Tschernobyl und die Auswirkungen auf die DDR-Wirtschaft	26
Information zu Erscheinungen des Rückgangs beim Abkauf von Frühgemüse und Frischmilch durch die Bevölkerung	27
Information über das willkürliche Vorgehen der BRD-Behörden an den Grenzübergängen der DDR zur BRD	31
Bericht zur Beeinträchtigung der Produktion im VEB Fotochemische Werke Berlin	36
Information über Maßnahmen im Verantwortungsbereich des Ministeriums für Land-, Forst- und Nahrungsgüterwirtschaft	38
Stimmungen und Reaktionen der Bevölkerung	40
Hinweise über Reaktionen der Bevölkerung der DDR auf die Havarie im Kernkraftwerk Tschernobyl/UdSSR	41
Gespräch mit dem Präsidenten des Staatlichen Amtes für Atomsicherheit und Strahlenschutz (SAAS)	46
Informationsbericht zum Reaktorunglück in Tschernobyl	47
Information über weitere Stimmungen und Meinungen im Zusammenhang mit der Havarie im KKW Tschernobyl	49
IM-Bericht zur Stimmung in der Bevölkerung	51
Tschernobyl als Impuls für die Opposition	52
Informationen über öffentliche Protestaktionen	53
Übersicht über Aktivitäten von Exponenten der politischen Untergrundtätigkeit sowie der „Friedens- und Ökologiegruppen“	54
Befehl zum provokativen Appell „Tschernobyl wirkt überall“	60
Nachwirkungen von Tschernobyl	64
Befehl „Geplante feindliche Aktivitäten zum 2. Jahrestag der Reaktorhavarie“	65
Antrag auf Erlaubnis zu einer Kundgebung anlässlich des 2. Jahrestages von Tschernobyl	66
Ablehnung einer Kundgebung	67
Bericht zur Veranstaltung anlässlich des 2. Jahrestages Tschernobyl	68
Anhang	70
Abkürzungsverzeichnis	71
Stasi-Unterlagen-Archiv	77
Dokumentenhefte	81
Quellennachweis	82

Vorwort



1

Abb. 1
Tschernobyl. Blick auf den Reaktor
(Kernreaktorkatastrophe/Tschernobyl/1986)
Foto: picture-alliance / akg-images,
Bild-Nr. 3148719

26. April 1986, 1.23 Uhr – im Block 4 des sowjetischen Kernkraftwerks Tschernobyl wird ein Stromausfall simuliert. Der Test wird zur Katastrophe, denn die Kettenreaktion der Kernspaltung gerät außer Kontrolle und überhitzt. Die Kühlung wird unterbrochen und versagt schließlich vollständig. Die folgende Explosion zerstört den Reaktor, ein Feuer bricht aus und radioaktives Material gelangt über einen Kilometer hoch in die Atmosphäre. Von dort zieht eine strahlende Wolke über weite Teile Europas und darüber hinaus. Menschliches Fehlverhalten und technische Fehlkonstruktionen, so wird später klar, hatten zu der nuklearen Katastrophe geführt.

Die strahlende Wolke brachte auch die DDR-Bevölkerung in Gefahr, mit einer ideologisch komplizierten Komponente. Es war ausgerechnet der „große Bruder“ Sowjetunion, die unbestrittene Führungsmacht im östlichen Bündnis, der die Katastrophe verursacht hatte. Für das Ministerium für Staatssicherheit (MfS) der DDR ergaben sich daraus heikle Aufgaben. Erst mit zwei Tagen Verspätung konnte die Stasi aktiv werden, da die sowjetische Seite nicht früher informierte. Sie stand vor vielfältigen Informationsaufgaben: Was genau war geschehen? Wie sollte die staatliche Informationspolitik zum Vorfall aussehen? Wie reagierten die Menschen in der DDR auf die Katastrophe? Welcher Schaden konnte für das Verhältnis zur Sowjetunion entstehen, welcher für die eigene Wirtschaft?

Tschernobyl gilt als eine Zäsur in der nuklearen Geschichte des 20. Jahrhunderts. Es wurde zur Kurzformel für den Super-GAU im gleichnamigen sowjetischen Kernkraftwerk, dem bis dahin schwersten Unfall bei der zivilen Nutzung der Atomkraft. Nie zuvor waren Mensch und Umwelt durch einen Kernkraftwerksunfall so geschädigt worden – das nukleare Fortschrittsversprechen der Wissenschaftler und Parteifunktionäre von einer sicheren und sauberen Form der Energiegewinnung war Lügen gestraft. Spätestens jetzt verflog die „Atomeuphorie“, die seit den 1950er Jahren weltweit geherrscht hatte, auch in Osteuropa. Denn die Folgen der

Katastrophe von Tschernobyl ließen sich kaum überblicken: Die radioaktive Wolke machte an keiner Staatsgrenze Halt und war mit den menschlichen Sinnen nicht fassbar. Und ihre Langzeitfolgen halten an: 60 Jahre beträgt die Abklingzeit des radioaktiven Isotopes Cäsium-137. 30 Jahre nach Tschernobyl besitzt dieses großflächig verteilte chemische Element also immer noch die Hälfte seiner ursprünglichen Strahlkraft. Auch in Teilen von Deutschland sind bis heute Speisepilze und das Fleisch von Wildtieren radioaktiv belastet.

Tschernobyl – eine vielfältige Herausforderung für die Stasi

Die herrschende Partei SED und ihre Geheimpolizei standen durch Tschernobyl vor einer besonderen Herausforderung, die von außerhalb auf die DDR zukam. Eine radioaktive Wolke bedrohte die Menschen in der DDR. Aus der Perspektive der SED unterlief die westliche Berichterstattung die eigene beschwichtigende Informationspolitik. Und weil viele damals in den Westen exportierte Nahrungsmittel verstrahlt oder zumindest unverkäuflich waren, drohte der DDR auch erheblicher wirtschaftlicher Schaden.

Die Stasi sollte nach Tschernobyl einen politischen Kontroll- und Herrschaftsverlust verhindern. Denn bis dahin hatten Partei- und Staatsführung zur Legitimation der marxistisch-leninistischen Ideologie gern darauf verwiesen: „Von der Sowjetunion lernen, heißt siegen lernen“ – das konnte hinsichtlich der Atomkraft nun nicht länger gelten. Die DDR hatte ein eigenes ehrgeiziges Kernenergieprogramm entwickelt, das auf sowjetischer Technologie beruhte. Auch das hatte an Legitimation und Rückhalt in der Bevölkerung verloren.

So sah sich die Stasi über Nacht einer neuen sicherheitspolitischen Herausforderung gegenüber: Sie musste verstärkt die wachsende ostdeutsche Anti-Kernkraftwerk-Bewegung bekämpfen. Diese stand in Opposition zu der Kernenergiepolitik, der Umweltpolitik und der Informationspolitik von Partei- und Staatsführung. Die ostdeutsche Geheimpolizei war nach der Reaktorkatastrophe einmal mehr gefordert, als „Schild und Schwert der Partei“ den Machtanspruch der SED-Führung abzusichern. Sie mühte sich, vom zunächst passiven Beobachter des Unglücks in die Rolle eines aktiven Gestalters der politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Tschernobyl-Folgen zu gelangen. Letzten Endes blieb der Stasi häufig aber nur die Partei- und Staatsführung zu informieren.

Konnte die Stasi zunächst die politische Wirksamkeit der Anti-Kernkraftwerk-Bewegung in der DDR begrenzen, wirkte Tschernobyl auf Dauer doch mobilisierend. Die Folgen des Super-GAU bewegten manche Bürgerinnen und Bürger in der DDR, die SED-Politik zunehmend kritisch zu sehen und sich in eigener Sache einzumischen. Kein Wunder also, dass sich unter den Gründungsmitgliedern des „Neuen Forum“ im September 1989 mehrere engagierte Kernkraftwerk-Gegner fanden: Die Anti-Kernkraftwerk-Bewegung der DDR war Teil einer Entwicklung, die mit der Friedlichen Revolution 1989/90 der SED-Diktatur und dem Mielke-Ministerium ein Ende setzte.

Aktenlage

Die Dokumente im Stasi-Unterlagen-Archiv geben Auskunft darüber, warum Tschernobyl zum Arbeitsgegenstand der ostdeutschen Geheimpolizei wurde. Ebenso zeigen sie, wer der Stasi zuarbeitete, wer sich innerhalb des MfS-Apparates mit Tschernobyl beschäftigte und wen die Stasi an ihrem Herrschaftswissen teilhaben ließ. Der sowjetische Geheimdienst – das Komitee für Staatssicherheit (KfS) – indes lieferte wohl erst im Nachgang und auch dann nur allgemeine Informationen an die Stasi. Hier offenbart sich die Ungleichheit im „sozialistischen Bruderbündnis“, denn Ost-Berlin blieb stets der „kleine Bruder“.

Wie sehr die Stasi nach dem Reaktorunfall gefordert war, zeigt sich an der Vielgestaltigkeit des überlieferten Aktenbestands. Die hauptamtlichen Stasi-Mitarbeiter haben Dokumente staatlicher Institutionen zusammengetragen – etwa Vorlagen, Beschlüsse oder Berichte des SED-Politbüros, des DDR-Ministerrates und vor allem des Staatlichen Amtes für Atomsicherheit und Strahlenschutz der DDR (SAAS). Einen Großteil der MfS-Überlieferungen zu Tschernobyl machen Einzelberichte und zusammenfassende Analysen von Reaktionen und Meinungen der Bürgerinnen und Bürger der DDR aus. Angefangen von den örtlichen Kreis- und Objektdienststellen über die regionalen Bezirksverwaltungen bis hin zur Ost-Berliner Zentrale wollte die Geheimpolizei die Stimmungslage der ostdeutschen Gesellschaft erfassen. Dieses Meinungsbild war Arbeitsgrundlage für die Stasi und zugleich Gegenstand der Berichte an die Partei- und Staatsführung. Dass die Stasi dazu zwischen Mai und Juni 1986 aus allen Landesteilen und Bevölkerungsgruppen berichtete, zeigt, wie sehr die nukleare Katastrophe die ostdeutsche Gesellschaft und damit auch die Geheimpolizei beschäftigte.

Besonders dicht ist die Stasi-Überlieferung zu Tschernobyl in den Beständen der seinerzeit zuständigen Hauptabteilungen XVIII (Volkswirtschaft, auch zuständig für die Sicherheit der KKW) und XX (Staatsapparat, Kultur, Kirche und Untergrund). Die Schwerpunkte der operativen Stasi-Tätigkeit lagen demzufolge nach der Erarbeitung eines Lagebildes und der Reaktionen der DDR-Bevölkerung vor allem im wirtschaftlichen und politischen Bereich. Aufschlussreich sind zudem die Überlieferungen der zentralen Abteilung Bewaffnung/Chemischer Dienst (BCD), weil diese das aktive Handeln der Geheimpolizei bezüglich der Tschernobyl-Folgen thematisieren.

Wie für die Geschichte der SED-Diktatur insgesamt gilt für Tschernobyl und seine Folgen in der DDR, dass die Stasi-Dokumente vor allem eine Perspektive wiedergeben: Die der ostdeutschen Geheimpolizei und ihres Machtapparates. Sie zeigen, wie die Herrschenden die Katastrophe wahrnahmen, wie sie reagierten oder wie eine gesteuerte Informationspolitik die Folgen der Katastrophe verschleierte. Zudem dokumentieren sie, wie die Auswirkungen auf die DDR-Wirtschaft minimiert werden sollten. Darüber hinaus belegen die Stasi-Akten den Mut Einzelner, sich in der unabhängigen Umweltbewegung zu engagieren.

weiterführende Literatur

- Alexijewitsch, Swetlana: Tschernobyl. Eine Chronik der Zukunft, München 2015.
- Arndt, Melanie: Auswirkungen des Reaktorunfalls auf die Bundesrepublik Deutschland und die DDR, Erfurt 2011.
- Kowalczyk, Ilko-Sascha: Endspiel. Die Revolution von 1989 in der DDR, München 2009.
- Radkau, Joachim; Hahn, Lothar: Aufstieg und Fall der deutschen Atomwirtschaft, München 2013.
- Wolf, Christa: Störfall. Nachrichten eines Tages, Frankfurt a. M. 2009.

Die Informationslage der Stasi

Beim Umgang mit den Folgen der nuklearen Havarie in Tschernobyl konnte die Stasi nicht auf einen stabilen Informationsfluss aus Moskau zählen. Sie wurde von dort zunächst genauso wenig ins Bild gesetzt wie die Partei- und Staatsführung.

Die ersten Informationen über einen nuklearen Unfall erhielt die Stasi durch das staatliche Strahlenschutzamt der DDR (SAAS) am 28. April 1986. Am frühen Abend meldete ein SAAS-Mitarbeiter bei der Internationalen Atomenergiebehörde (IAEA) in Wien, dass eine Anfrage aus Schweden zu unerklärlichen Radioaktivitätswerten vorliege. Diese SAAS-Meldung nach Ost-Berlin landete auch auf den Schreibtischen der Stasi. Erst Stunden später veröffentlichte die sowjetische Nachrichtenagentur „TASS“ eine knappe Pressemeldung zu Tschernobyl. Am folgenden Tag druckte die SED-Tageszeitung „Neues Deutschland“ eine Übersetzung dieser Meldung kommentarlos ab.

Die folgenden Tschernobyl-Berichte des SAAS gingen zumindest in Kopie immer auch an die Stasi. Die Empfänger hier waren in der Regel der Stellvertreter des Ministers, Generalleutnant Rudi Mittig, sowie der Leiter der Hauptabteilung XVIII (Volkswirtschaft, auch zuständig für die Absicherung der KKW), Generalmajor Alfred Kleine. Zum Teil gingen die Tschernobyl-Berichte des SAAS auch direkt an den Minister für Staatssicherheit, Armeegeneral Erich Mielke. Über ein eigens eingerichtetes Rapportsystem wurde Mielke zudem telefonisch durch seinen Stellvertreter Mittig informiert. Die Spitze der ostdeutschen Geheimpolizei wusste daher um die Gefährdung der DDR durch die nukleare Wolke aus Tschernobyl.

STAATLICHES AMT FÜR ATOMSICHERHEIT UND STRAHLENSCHUTZ
beim Ministerrat der Deutschen Demokratischen Republik

BStU
000169

Bericht

im Zusammenhang mit der TASS-Meldung über eine Havarie im
Kernkraftwerk Tschernobyl/Ukraine

Die Nachrichtenagentur TASS informierte am 28. 4. 1986 in
einer Meldung über eine Havarie im Kernkraftwerk Tschernobyl/
Ukraine.

Bereits vor dem Bekanntwerden der TASS-Meldung wurde das Staat-
liche Amt für Atomsicherheit und Strahlenschutz (SAAS) am
28. 4. 1986, 18.25 Uhr, von der Internationalen Atomenergie-
Organisation in Wien informiert, daß in Schweden und Finnland
um den Faktor 5 bis 6 über dem Normalwert liegende Radioaktivi-
tät in der Luft gemessen wurde. Die Quelle der erhöhten Radio-
aktivität war zum Zeitpunkt dieser Information noch unbekannt.
Die Zusammensetzung der Radioaktivität deutete auf eine Havarie
in einem Kernkraftwerk hin.

Am Standort Tschernobyl sind vier Reaktoren des Typs RBMK-1000
in Betrieb. Es handelt sich um graphitmoderierte Siedewasser-
reaktoren vom Kanaltyp. In der DDR und anderen Ländern außer-
halb der UdSSR sind Reaktoren dieses Typs nicht vorhanden.

Der Standort des Kernkraftwerkes Tschernobyl liegt an der Mün-
dung des Flusses Pripjat in den Dnjepr-Stausee etwa 70 km
nördlich von Kiew. Die Entfernung zur Grenze von Finnland,
Schweden und der DDR beträgt ca. 1000 km.

Über die TASS-Meldung hinausgehende Informationen zum Zeitpunkt
und Ablauf der Havarie liegen bisher nicht vor. Es muß ange-
nommen werden, daß radioaktive Stoffe, die bei der Havarie aus
dem Kernkraftwerk in die Umgebung gelangten, aufgrund der in
den letzten Tagen vorherrschenden Wetterlage mit dem Wind vor-
wiegend in Richtung Schweden transportiert wurden.

- 2 -

BStU
000170

Um aufzuklären, ob auch Radioaktivität auf das Gebiet der DDR gelangte, wurden noch am 28. 4. 1986 vom SAAS Messungen veranlaßt und in der Umgebung des Kernkraftwerkes "Bruno Leuschner" Greifswald, des Zentralinstitutes für Kernforschung Rossendorf und von Berlin begonnen.

Die Analyse von Boden-, Pflanzen- und Luftproben wurde eingeleitet.

Die ersten vorliegenden Meßergebnisse zeigen keine signifikanten Veränderungen des Niveaus der in der Luft vorhandenen Radioaktivität. Mit speziellen Meßmethoden können jedoch radioaktive Stoffe nachgewiesen werden, wie sie in einem Kernkraftwerk entstehen und normalerweise nicht in der Luft vorhanden sind. Die Konzentrationen dieser Stoffe liegen so niedrig, daß ihr Beitrag zur Strahlenbelastung der Bevölkerung zu vernachlässigen ist. Gefährdungen sind daher nicht erkennbar.

Die Messungen werden im Rahmen eines speziellen Überwachungsprogrammes fortgesetzt. Wegen des niedrigen Radioaktivitätsniveaus sind lange Meßzeiten notwendig.

Über die Ergebnisse der Messungen wird in den nächsten Tagen berichtet.

BStU
000284

Berlin, 30. 4. 1986

Hauptabteilung XVIII
LeiterGenossen Generalleutnant Mittig

Beiliegend übergebe ich die erste Fortschreibung zur Havarie, wie sie nach der Beratung mit dem Genossen Minister am 29.4.86 festgelegt worden war mit dem Kenntnisstand vom 30.4.86, 12.00 Uhr.

Die Information wird fortgeschrieben bei Eingehen neuer Erkenntnisse.

Anlage

Kleine
Kleine
Generalmajor

Mgk 72166186
30 4 8630.4.
86

Berlin, 30. April 1986
 Nr. 135/86

BStU
 000285

Havarie im ukrainischen Kernkraftwerk Tschernobyl

Am 26. 4. 1986 ereignete sich im Kernkraftwerk Tschernobyl eine Havarie, die ein Entweichen radioaktiver Stoffe (Nuklide) in die Atmosphäre zur Folge hatte.

Durch die Havarie wurde der Reaktor 4 beschädigt und ein Teil eines Reaktorgebäudes zerstört.

Nach internen Hinweisen der sowjetischen Seite erfolgte eine Explosion im Reaktor, wobei der Deckel des Reaktors abgerissen wurde.

Im Zusammenhang mit der Havarie kam es zum Brand an der Ereignisstelle.

Zwei sowjetische Werktätige erlitten tödliche Verletzungen. Die Bevölkerung der Kraftwerkssiedlung und drei weitere umliegende Ortschaften mußten aufgrund der freigesetzten radioaktiven Strahlung evakuiert werden.

Der Ereignisort konnte noch nicht begangen werden (Stand: 29. 4. 1986).

Nach ersten Einschätzungen von DDR-Experten wird ein Schmelzen der Spaltzone im Reaktor angenommen. Die Annahme beruht unter anderem auf der charakteristischen Nuklidzusammensetzung in der kontrollierten Luft.

Im Kernkraftwerk Tschernobyl sind 4 Reaktoren des sowjetischen Typs RBMK 1000 (Druckröhrensiedewasser-Reaktor großer Leistung) in Betrieb. Dieser Typ hat eine Leistung von 1000 MW und ist mit

BStU
 000286

einem Graphitblock als Moderator (Spaltprozeßregulator) ausgerüstet sowie zur direkten Dampferzeugung ausgelegt.

Der Reaktortyp RBMK 1000 wurde von der UdSSR nicht exportiert. Nach in der DDR vorliegenden Erkenntnissen verfügen die Anlagen im Kernkraftwerk Tschernobyl über keinen hermetischen Sicherheitseinschluß zur Verhinderung des Austretens freiwerdender radioaktiver Nuklide in die Umwelt (Containment bzw. Druckraum-system).

In der DDR sind sowjetische Druckwasserreaktoren des Typs WWR 440 mit Druckraumsystem im Einsatz (Blöcke 1 bis 4, Kernkraftwerks Greifswald). Die im Bau befindlichen Blöcke 5 bis 8 in Greifswald erhalten weiterentwickelte Sicherheitssysteme. Für das Kernkraftwerk Stendal ist der Einsatz von Druckwasserreaktoren vom Typ WWR 1000 mit Containment geplant.

Von DDR-Experten wird eingeschätzt, daß aufgrund der unterschiedlichen Konstruktion der Typen WWR und RBMK und sicherheitstechnischen Auslegung der Anlagen sowie der gegenwärtig noch nicht bekannten Havarieursache noch keine Aussagen zu Schlußfolgerungen getroffen werden können.

Durch die Gruppe der sowjetischen Tschekisten in der DDR wurde im Zusammenhang mit der Havarie das MfS ersucht, Hinweise zur Bekämpfung des Störfalls zu geben.

Unter Einbeziehung von Experten wurden Hinweise erarbeitet, die zu folgenden Fragen Auskunft geben:

- Organisation des Havarie-, Brand- und Katastrophenschutzes sowie Mittel und Methoden zur Bekämpfung von Bränden, Havarien bzw. Störfällen in den Kernkraftwerken der DDR

BStU
000287

- Anwendung von Schutzmitteln bei Tätigkeiten unter erhöhter Strahlenbelastung
- Sicherheitssysteme zur Vermeidung radioaktiver Auswirkungen von Havarien auf die Umgebung
- Kriterien zur Standortbestimmung von Kernkraftwerken in der DDR

Die seitens der zuständigen Organe der DDR eingeleiteten Maßnahmen zur Kontrolle der Konzentration der Radioaktivität im Luftraum der DDR ergaben, daß die gemessenen Werte einen ständigen Anstieg der Radioaktivität in der Zeit vom 28. 4. 1986, 22.00 Uhr, bis 29. 4. 1986, 22.00 Uhr, um den Faktor 4 700 anzeigten. Danach wurde ein Abfall der Radioaktivität registriert (Stand: 30. 4. 1986, 4.00 Uhr).

Aus den gemessenen Werten wird vom Staatlichen Amt für Atom-sicherheit und Strahlenschutz folgende Einschätzung getroffen:

Wenn die maximal festgestellte Konzentration für 10 Tage anhält, wird eine Strahlenbelastung verursacht, die etwa 25 % des Wertes der jährlichen natürlichen Strahlenbelastung der Bevölkerung entspricht.

Es bestehen keine gesundheitlichen Gefährdungen.

Die meteorologischen Stationen Arkona, Seehausen, Potsdam, Brocken, Wahnsdorf, Schmücke, Meiningen und Gera wurden in das Meßprogramm einbezogen.

Am 30. 4. 1986 wurde seitens des Staatlichen Amtes für Atom-sicherheit und Strahlenschutz Verbindung zu den sowjetischen Partnerorganen

- Staatliches Komitee für die Kontrolle der sicheren Durch-führung von Arbeiten in der Kernenergetik (GOSATOMENERGONATSOR),

4 BStU
000288

- Staatliches Komitee für die Anwendung der Atomenergie in der UdSSR (Atomkomitee)

aufgenommen.

Das erstgenannte Organ erklärte das Verständnis zum poli-tischen Interesse der DDR an Informationen. Die Bitte des Staatlichen Amtes für Atomsicherheit und Strahlenschutz wurde dem Vorsitzenden des Komitees und Mitglied der eingesetzten Regierungskommission, Genossen KULOW, übermittelt.

Zum frühestmöglichen Zeitpunkt ist eine Information zugesagt worden.

Gemäß Informationen der Objektdienststelle Kombinat Kernkraft-werke "Bruno Leuschner" vom 29. 4. 1986 wurden bereits im Jahre 1985 von sowjetischer Seite Vorschläge zur weiteren Er-höhung der nuklearen Anlagensicherheit für die im Kernkraft-werk "Bruno Leuschner" eingesetzten Reaktoren WWER 440 über-geben.

Diese Vorschläge betreffen Maßnahmen zur Erhöhung der Redundanz (Mehrfachauslegung) des Notkühlsystems, zur Gasentfernung aus dem 1. Kreislauf bei Kühlmittelleckstörfällen und zur weiteren Erhöhung der Brandsicherheit.

Die Realisierung dieser Maßnahmen erfolgt im Rahmen langfristig vorgesehener Rekonstruktionen.

BSU
000274

Hauptabteilung XVIII
Leiter

Berlin, 3. 5. 1986

mm 3.5.
86

Gespräch mit Genossen Staatssekretär Prof. Dr. Sitzlack,
Präsident des Staatlichen Amtes für Atomsicherheit und
Strahlenschutz der DDR am 2. 5. 1986

Genosse Prof. Sitzlack bestätigte die bisherigen Versionen über die möglichen Ausgangspunkte der Havarie im KKW Tschernobyl/UdSSR, d. h., daß durch technisches bzw. menschliches Versagen explosiv eine Leckage der aktiven Zone entstanden ist.

Die weitere Beherrschung der Strahlenschutzsituation auf dem Territorium der DDR macht Prof. Sitzlack mit von der situationsadäquaten Information über die Lage im KKW Tschernobyl durch die zuständigen sowjetischen Stellen abhängig.

Er bestätigte, daß bisher auf dementsprechende Anfragen keine Informationen von seiten der Sowjetunion eingingen.

Im Vergleich zu seinen gemachten Erfahrungen im NATO-Staat Dänemark funktioniert dort die gegenseitige Kommunikation nahtlos. Es war ersichtlich, daß zwischen den westeuropäischen Staaten ein kontinuierlicher Austausch der aktuellen Meßwerte erfolgte, so daß rechtzeitig Schlußfolgerungen gezogen werden konnten.

Genosse Prof. Sitzlack schätzte ein, daß bei seinen dänischen Verhandlungspartnern Bitternis über die ungenügende Information der Sowjetunion gegenüber den anderen Ländern herrschte.

BSU
000275
2

Hinsichtlich der sich an die festgelegten Grenzwerte annähernden Meßergebnisse in Bq/L bei Frischmilch entstandenen Situation in der DDR unterstrich Genosse Prof. Sitzlack, daß sich diese Grenzwerte auf eine Bezugsdauer von 4 Wochen beziehen. Er hält einen Verzehr von sich an den Grenzwert annähernder Milch für nur wenige Tage als unbedenklich, so daß auch hier vieles davon abhängt, wie sich die Strahlensituation auf dem Territorium der DDR entwickelt.

Eine Dekontamination von Fahrzeugen hält Prof. Sitzlack nicht für sinnvoll, da dies nur eine Verlagerung vom Fahrzeug auf Boden und Wasser bedeuten würde.

Zur Zweckmäßigkeit der jetzigen Leitungshierarchie begründete Genosse Prof. Sitzlack prinzipiell die richtige gegenwärtige Einordnung und Unterstellung des SAAS. Das SAAS sei ein wissenschaftliches Kontrollorgan, welches auch nach Ansicht des Vorsitzenden des Ministerrates, Genossen Stoph, nicht in produktionsverantwortliche Strukturen eingeordnet werden darf. Dies würde einer schonungslosen Analyse des tatsächlichen Zustandes und der unbedingten Durchsetzung der Rechtsvorschriften hinderlich sein.

Als grundsätzliche Voraussetzung für die sicherheitsmäßige Beherrschung an Kernanlagen sieht Genosse Prof. Sitzlack die ständige volle Besetzung der vorgesehenen Stellen in den Kernanlagen und die optimale Erfüllung der festgelegten Qualifikationsmerkmale aller Beschäftigten durch eine regelmäßige und intensive Schulung.

Mit Genossen Prof. Sitzlack wurde vereinbart, daß die zweimal an den Vorsitzenden des Ministerrates zu fertigenden Informationen, 8.00 und 17.00 Uhr, gleichzeitig an das MfS übergeben werden.

Hauptabteilung XVIII
Leiter

Berlin, 29. 4. 1986

BSU
000290

Anfrage des Komitees für Staatssicherheit, Genossen
Oberst Gubkin, mit der Bitte um Realisierung bis 29. 4. 1986,
9.00 Uhr, zum Vorkommnis im Kernkraftwerk in der Nähe von Kiew

- Wie wird in DDR-Kraftwerken die Brand- und Explosions-
sicherheit organisiert?
- Welche Verfahren und Mittel gibt es zur Löschung von
Bränden in Kernkraftwerken?
- Welche Maßnahmen und technischen Mittel werden bei Freiwerden
größerer Mengen Radioaktivität eingesetzt?
- Welche individuellen Schutzmittel gibt es bei der Arbeit
unter großer Strahlungsbelastung?

- Organisation des Brandschutzes in Kernkraftwerken
- vorbeugende Maßnahmen des Brandschutzes
- Auswahl des Konstruktionsmaterials zum Schutz gegen Hoch-
temperaturen
- Begründung für den Einsatz einer Schutzkuppel für Kernreaktoren
(Containment)
- die Notwendigkeit der Unterbringung einiger Anlagen unter der
Erde
- Forderungen zum optimalen Standort für Kernkraftwerke
(geologische, geographische, Entfernung von Industrie- und
Wohnobjekten)

W. Klein

Kleine
Generalmajor

Hauptabteilung XVIII

Berlin, 9. 5. 1986

BSU
000231

*10.5.
86*

Im Zusammenhang mit der Havarie im KKW Tschernobyl sind
an Genossen Oberst Gubkin übergeben worden:

- 3 Artikel des BRD-Autors J. P. Hosemann aus der Zeitschrift
"Kernforschungszentrum Karlsruhe"/BRD;
- 7 Mikrofisch-Platten mit der gesamten bei der IAEA (Wien)
vorliegenden Publikation des BRD-Autors J. P. Hosemann;
- Lösungsvorschläge und Ideen von Experten aus dem Verant-
wortungsbereich der Hauptabteilung XVIII gemäß Fragekomplexen
1 bis 4 (Anlage);
Von Prof. Rambusch wurden 2 Antworten und
von Prof. Thiessen 1 Antwort übergeben.
- Promotion B des SAAS-Mitarbeiters Dr. Strauß zum Thema
"Grenzwerte für den Lebensmittelschutz und Futtermittelschutz
unter Bedingungen von Kernwaffeneinwirkungen (Mitbetrachtung
von Reaktorschmelzunfällen in Druckwasserreaktoren) -
VD SAAS WS/14/84.
- 1 IAEA-Bulletin zur Stilllegung von Kernanlagen (russisch)
- 1 Direktausdruck der IAEA-Datenbank (INIS) zu Spaltzonen-
schmelzunfällen, 12 Seiten (englisch).
Autorenrecherche INIS - J. P. Hosemann.
- Verordnung über Atomsicherheit und Strahlenschutz der DDR
(mit Anlagen)
sowie ein aktuelles Rechtsvorschriftenverzeichnis zum Gebiet
Atomsicherheit und Strahlenschutz in der DDR.

Anlagen

Fragekomplexe 1 - 4

W. Klein



-242-

BSTU
0260

Dienst Einheit HA XVIII/13/2 Datum 19.06.86

Sichtvermerke
19.06.86
23.6.86
25.6.86

Treffbericht

Kategorie/Deckname F115 „Werner Lorenz“

Datum/Zeit <u>14.06.86</u> <u>20⁰⁰-22⁰⁰h</u>	Treffort <u>Wohnung des</u> <u>F11</u>	Mitarbeiter <u>Major</u> <u>Wahlleben</u>	Teilnahme durch Vorgesetzten
Nächster Treff	am <u>erfolgt durch</u>	Zeit <u>OG Horkow</u>	Treffort
Ausweichtreff	am	Zeit	Treffort

1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26	27	28	29	30	31	32
---	---	---	---	---	---	---	---	---	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----

Treffvorbereitung:
(z. B. Treff geplant / kurzfristig festgelegt, Kurzfassung des geplanten Treffablaufes, Schwerpunkte der Auftragserteilung, Instruierung, Erziehung und Befähigung)

Der Treff wurde kurzfristig im Zusammenhang mit einem Zwischenaufenthalt des F11 in der DDR vereinbart. (F11 befindet sich z. B. im Austauschinsatz)
Es ist vorgesehen, dass der F11 pol.-sp. Hinweise zur Havarie und deren Ablauf folgen lassen im UMW Tiderno bef. erarbeitet.

-243-

BSTU
0262

Anlage zum Treffbericht IMS "Werner Lorenz"
vom 14. Juni 1986 - Politisch-operative Hinweise
zur Havarie im KKW Tschernobyl

In einem am 3. Juni 1986 zwischen dem Minister für Kohle und Energie, Gen. Mitzinger, und dem Minister für Energetik und Elektrifizierung der UdSSR, Gen. Majorez, sowie dem Vorsitzenden des Staatlichen Komitees für die Nutzung der Atomenergie der UdSSR, Gen. Prof. Petrosjanz, in Moskau geführten internen Gespräch informierte die sowjetische Seite über die Ursachen, Umstände und Bedingungen der am 26. April 1986 eingetretenen Havarie im KKW Tschernobyl:

- In der Nacht vom 25. zum 26. April 1986 erfolgte zur Durchführung prophylaktischer Zustandsüberprüfungen des Blockes 4 (1000 MW elektrische Leistung; 3000 MW thermische Leistung) die planmäßige Außerbetriebnahme. Während des Abfahrprozesses dieses Blockes wurde gleichzeitig in Abweichung von dem normalen Betriebszustand das Verhalten der Anlage bei Ausfall der Elektroenergieversorgung aus dem öffentlichen Netz für die Eigenbedarfsversorgung getestet (Feststellung, inwieweit die Auslaufenergie der Turbine / Generator für den Betrieb der Hauptumwälzpumpen zur Kühlung / Wärmeabführung aus dem Reaktor über eine kurze Zeit bis zur Einschaltung der Notstromversorgung ausreicht). Der Reaktor hatte zu diesem Zeitpunkt eine thermische Leistung von über 200 MWth (das entspricht ca. 7 % der thermischen Nennleistung) und von den vorhandenen 6 Umwälzpumpen waren nur 3 in Betrieb. Bei der Durchführung dieses Versuchsprogramms kam es zu örtlichen Überhitzungen in der Brennstoffzone des Reaktors (Kühlung reichte offensichtlich nicht aus), was durch den Reaktoroperator bemerkt wurde.

-244-

BSTU
0263

2

Daraufhin erfolgte durch den Reaktoroperator die Wiedereinschaltung der außer Betrieb befindlichen Hauptumwälzpumpen mit dem Ziel, den Wasserdurchlauf zur Kühlung / Wärmeabführung im Reaktor zu erhöhen. Dabei trat eine unkontrollierbare Leistungserhöhung des Reaktors ein, die durch das Regelsystem nicht beherrscht wurde. Durch Verklemmen von Regelstäben war die Regelfähigkeit des Reaktors eingeschränkt. Seitens der sowjetischen Experten wird nicht ausgeschlossen, daß die Regelstäbe aufgrund fehlender Führungsschienen im Schutz- und Sicherheitsantriebssystem des Reaktors verklemmten. Unter diesen genannten Betriebsbedingungen (Überhitzung der Brennstoffzone, unkontrollierte Leistungserhöhung, Zuschaltung von Hauptumwälzpumpen) kam es zur Bildung eines explosiven Wasserstoff-Sauerstoff-Gemisches (sogenanntes Knallgas) und damit zur Entstehung eines hohen Überdruckes, wodurch ein explosionsartiges Zerbersten des Reaktors mit Brandfolge auftrat. Dabei wurde ein großer Teil des radioaktiven Materials aus dem Reaktor nach oben herausgeschleudert und freigesetzt.

Das KKW Tschernobyl besitzt zur Zurückhaltung radioaktiver Nuklide gegenüber der Umwelt für derartige Havarien keinen Sicherheitseinschluß (Containment oder Druckraumsystem). In der Umgebung des KKW mußten ca. 100 000 Personen evakuiert werden. Bisher traten ca. 30 Todesfälle ein. Als Hauptursache für die eingetretene schwere Havarie im KKW Tschernobyl wurde von der sowjetischen Seite die Nichtbeherrschung des Betriebsregimes unter den gegebenen Bedingungen genannt. Die Untersuchungen ergaben, daß Diversionshandlungen auszuschließen sind. Der havarierte Reaktor wurde bzw. wird durch einen hermetischen Einschluß versehen. Zur Verhinderung von Überhitzungen infolge der noch stattfindenden radioaktiven Zerfallsprozesse erfolgt die Errichtung von Kühl- und Belüftungssystemen im Havariebereich.

-245-

BSTU
0264

3

Durch Fundamentverstärkungen wurde die Gefahr der Grundwasserverseuchung beseitigt.

Es ist vorgesehen, die 1000-MW-Blöcke 1 und 2 im KKW Tschernobyl im Oktober 1986 wieder in Betrieb zu nehmen. Bei der Bekämpfung der Havarie wurde u.a. Robotertechnik aus dem NSW (z.B. Kipper, Zugmaschinen) mit Fernsteuerung eingesetzt. Diese Technik hat sich nach Aussagen der sowjetischen Seite in bezug auf die Standhaftigkeit nicht bewährt.

Nach den bisherigen Untersuchungsergebnissen gab es eine Reihe von Mängeln und begünstigenden Bedingungen in bezug auf den Eintritt und die Bekämpfung der Havarie. Dazu werden durch die zuständigen sowjetischen Organe und Einrichtungen noch verallgemeinerungsfähige Schlußfolgerungen herausgearbeitet. Durch die sowjetische Seite wurde in diesem Zusammenhang auf folgende grundlegende Probleme hingewiesen:

- Die Durchführung von Versuchen bzw. von Tests in Kernenergieanlagen muß tiefgründig auf wissenschaftlich-technischer Grundlage vorbereitet und mit den übergeordneten staatlichen und Überwachungsorganen abgestimmt werden. (Im Fall des KKW Tschernobyl wurde das Versuchsprogramm nur betriebsintern vorbereitet und realisiert.)
- Die Ordnung, Sicherheit, Disziplin und die Qualifizierung des Personals ist auf ein wesentlich höheres Niveau zu stellen und nach militärischen Prinzipien durchzusetzen.
- Der psychologischen Vorbereitung des Betriebspersonals zur Beherrschung von Störungen und Havarien ist größere Aufmerksamkeit zu widmen, um panikartige Reaktionen und Verhaltensweisen künftig auszuschließen.
- Die Kräfte und Mittel zur speziellen Brandbekämpfung müssen den spezifischen Anforderungen im KKW, d.h. auch für den Fall des Schmelzens der Kernbrennstoffzone, entsprechen. (Im KKW Tschernobyl war die betriebliche Feuerwehr dafür nicht ausreichend qualifiziert.)
- Die Informationssysteme bei auftretenden Gefährdungen und bei Eintritt von Störungen, Havarien und Bränden müssen in vollem Umfang funktionsfähig sein sowie den inhaltlichen und zeitlichen Anforderungen entsprechen. (Im Falle der Havarie im KKW Tschernobyl erhielt z.B. der Minister für Energetik und Elektrifizierung der UdSSR verspätet die Information, daß der Reaktor 4 nicht mehr im erforderlichen Maße regelfähig ist.)

-246-

BSTU
0265

4

- Zur Verbesserung des bilateralen Informationsaustausches zwischen der UdSSR und der DDR über Erfahrungen und Erkenntnisse beim Betrieb von KKW ist der Abschluß einer Vereinbarung zwischen den beteiligten Ministerien vorgesehen. Dazu soll die Bildung spezieller Kollektive unter Einbeziehung von Experten erfolgen.
- Durch die sowjetische Seite wird angestrebt, eine internationale Eingreiftruppe der sozialistischen Länder zur Bekämpfung von Havarien in KKW und Beseitigung der Havariefolgen zu bilden.
- Die wissenschaftlich-technische Forschung auf dem Gebiet der nuklearen Sicherheit von KKW ist zu forcieren (Anmerkung: Intern brachte der Vorsitzende des Staatlichen Komitees für die Nutzung der Atomenergie der UdSSR, Gen. Prof. Petrosjanz, zum Ausdruck, daß z.B. wissenschaftlich-technische Untersuchungen zur Sicherheit der Zwischenlager für abgebrannten Kernbrennstoff unter Berücksichtigung möglicher Veränderungen des Zustandes der eingesetzten Werkstoffe notwendig sind. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt könne keine sichere Aussage getroffen werden, ob nach längerer Zwischenlagerung der Kernbrennstoffkassetten ihr Transport überhaupt noch möglich sei).

Die sowjetische Seite brachte zum Ausdruck, daß nach der Havarie im KKW Tschernobyl keinerlei Abstriche an der Nutzung der Kernenergie für die Energieerzeugung (Elektroenergie und Wärme) in der UdSSR gemacht werden.

Zum Einsatz des graphitmoderierten Druckröhrenreaktors - wie im KKW Tschernobyl - und den dazugehörigen Sicherheitssystemen werden in der UdSSR weitere Untersuchungen durchgeführt.

(Anmerkung: Nach Hinweisen von Experten der DDR stellt dieser Reaktortyp eine technische Zwischenlösung unter Beachtung des geringeren ökonomischen und technischen Aufwandes gegenüber anderen Reaktortypen dieser Leistungsgröße dar. Diese technische Zwischenlösung ist u.a. auch darauf zurückzuführen, daß die Produktionskapazitäten zur Herstellung von Reaktordruckgefäßen in der UdSSR ein Engpaß sind).

Wohleben
Wohleben
Major

Tschernobyl und die Auswirkungen auf die DDR-Wirtschaft

Die DDR-Geheimpolizei beobachtete nach Bekanntwerden der nuklearen Katastrophe in Tschernobyl, dass viele Menschen ihr Einkaufsverhalten änderten. Frisches Gemüse und Milch verkamen im Frühjahr 1986 zu Ladenhütern, dagegen war Milchpulver mehr denn je gefragt. Die Tage bis Ende Mai 1986 waren vielleicht der einzige Zeitraum in den 40 Jahren des Bestehens der DDR, in denen die Stasi von einem Überangebot in den Kaufhallen berichtete. Dabei war ihr das mediale Spannungsverhältnis bekannt: Zwar sprachen Parteifunktionäre und staatlich gelenkte Medien von unbedenklichen Strahlenwerten. Doch viele Menschen in der DDR orientierten sich an den Fernseh- und Radiomeldungen aus der Bundesrepublik, die über Vorsichtsmaßnahmen bei der Ernährung informierten.

Aus den Stasi-Akten geht hervor, dass verstrahlte Lebensmittel, die eigentlich gegen harte Devisen in den Westen hatten verkauft werden sollen (aber dort nicht mehr abgenommen wurden), stattdessen im Land blieben und an die DDR-Bevölkerung verkauft wurden. Die Devisenausfälle der SED-Diktatur erreichten Millionenhöhe. Die Stasi informierte die SED-Führung auch über solche Handelshindernisse und sollte bisweilen als Krisenmanager eingreifen.

Weil die Bundesrepublik feste Grenzwerte für die radioaktive Belastung einreisender PKW, LKW und Schienenfahrzeuge festlegt hatte und ab Anfang Mai 1986 durchsetzte, trat die Geheimpolizei auch in diesem Bereich auf den Plan. Sie sollte einen störungsfreien Ablauf des Grenzverkehrs sichern und Wirtschaftsschäden abwenden. Deshalb beteiligten sich an Strahlenmessungen und Dekontaminationsarbeiten in den Grenzregionen auch Stasi-Offiziere. Wo die betroffenen Fahrzeuge gewaschen worden waren, registrierte die Geheimpolizei aufgrund der unsachgemäßen Abwasserentsorgung selbst Jahre später noch deutlich erhöhte Strahlenwerte.

Hauptabteilung XVIII

BSU
000242

Berlin, den 8. Mai 1986

Nr. 145 / 86

gef. Exemplare

Exemplar

*Behandlung im MRB-Führung 8.5.
erfolgreich*

Information

*8.5.
86*

zu Erscheinungen des Rückgangs beim Abkauf von Frühgemüse und Frischmilch durch die Bevölkerung

Seit Anfang Mai, zunehmend sichtbar seit 5. 5. 1986, gibt es Hinweise zu Rückgängen beim Abkauf von Frisch- und Freilandgemüse, insbesondere Salat und Rhabarber, sowie Frischmilch durch die Bevölkerung aus der Hauptstadt der DDR, Berlin, den Bezirken Potsdam, Gera und Suhle.

Erste im Bereich der Landwirtschaft und des Konsumgüterbinnenhandels eingeleitete stichprobenartige Kontrollen und territoriale Überprüfungen unterlegen diese Feststellungen.

- In der Hauptstadt der DDR, Berlin, ging der Abkauf von Salat seit Wochenbeginn, territorial differenziert, um 20 bis 50 % zurück.
- In der Markthalle Potsdam, Wilhelm-Külz-Straße, ist seit 5. 5. 1986 an den Ständen der sozialistischen Landwirtschaftsbetriebe des Havelgebietes ein ständiger Rückgang des Abkaufs, insbesondere von Salat und Rhabarber, trotz preissenkender Maßnahmen festzustellen.

Im Zeitraum vom 5. 5. - 7. 5. 1986

. LPG Gemüseproduktion Neufahrland
von 60 Kisten Salat 40 nicht verkauft

BStU
000243
2

- . LPG Gewächshauswirtschaft Werder
von 60 Kisten Salat 30 nicht verkauft
- . LPG Obstproduktion Marquardt
von 50 Kisten Rhabarber keine verkauft
von 50 Kisten Salat 48 nicht verkauft

Die bereitgestellten Mengen sind sonst ausreichend für den Abkauf an einem Tag.

Bei Einkäufen wurde verstärkt die Frage nach der Herkunft der Ware gestellt. Frühgemüse aus Gewächshäusern, wie Gurken und Tomaten, wird ohne Abkaufsrückgänge verkauft.

In gleicher Markthalle in Potsdam wurden am 7. 5. 1986 von 35 Kisten Trinkmilch in 1/2 Liter-Flaschen 25 nicht abgekauft.

- Im Bezirk Gera, in Jena-Stadt, reduzierte der Kommissionshändler NEUBECK, Gutenbergstraße, die Milchbestellung von 224 auf 80 Flaschen infolge Abkaufrückganges.
- In Suhl wurden ab 7. 5. 1986 3.992 l Trinkmilch/Tag wegen Abkaufsrückganges storniert. Die Menge bezieht sich auf 3 Kaufhallen im Zentrum der Bezirksstadt und Verkaufseinrichtungen in Schmalkalden, Bad Salzungen, Hildburghausen und Ilmenau. Dabei gab es erste Erscheinungen, daß Schüler in den Schulen des Bezirkes die Annahme von Trinkmilch im Rahmen der Schulspeisung verweigerten.
In den Kreisen Neuhaus, Sonneberg, Bad Salzungen und Ilmenau wurden Abkaufsrückgänge bei Salat, Rhabarber und Spinat festgestellt.

Durch das Ministerium für Handel und Versorgung wurden Maßnahmen eingeleitet, um eine exaktere Übersicht über die Abkäufe zu erhalten und bei weiterer Sicherung des Angebots der Frischware zur Vermeidung von Verlusten Umverteilungen innerhalb der Territorien und zwischen den Bezirken vorzunehmen.

BStU
000244
3

Das Ministerium für Land-, Forst- und Nahrungsgüterwirtschaft leitete Maßnahmen zur Kontrolle und Vermeidung von Verlusten durch Verarbeitung/Konservierung ein.



3



4

Abb. 3
Mai 1986: Ein Bundesgrenzschützer nimmt nach dem GAU im Atomkraftwerk in Tschernobyl am Autobahngrenzübergang Strahlungsmessungen an einem PKW aus Polen vor.
Foto: Bundesregierung, Bild 145 Bild-00021264, Lehnartz, Klaus

Abb. 4
Ausbildung von MfS-Angehörigen für den atomaren Ernstfall
Foto: BArch, MfS, HA VII, Fo. 17, Bild 178

Hauptabteilung XIX

Berlin, 14. Mai 1986

BSTU
0060

I n f o r m a t i o n

über das willkürliche Vorgehen der BRD-Behörden bei der Zurückweisung von Straßenfahrzeugen und Eisenbahngüterwagen an den Grenzübergängen der DDR zur BRD und die durch das Ministerium für Staatssicherheit eingeleiteten Maßnahmen zur Schadensabwendung

Im Zusammenhang mit der Havarie im Kernkraftwerk Tschernobyl setzen die BRD-Behörden seit dem 01. Mai 1986 fortgesetzt willkürliche und auf die Behinderung des grenzüberschreitenden Transitverkehrs mit der DDR und den sozialistischen Ländern ausgerichtete Maßnahmen durch. An den Straßengrenzübergangsstellen zur BRD wurden bisher

260 LKW sowie
50 PKW

aus den sozialistischen Ländern zeitweilig vom Transitverkehr ausgeschlossen und in die DDR zurückgewiesen. Die Zurückweisungen der Fahrzeuge, insbesondere der LKW, erfolgte teilweise in schikanöser, provozierender Art und Weise und im Wiederholungsfall - trotz Realisierung festgelegter Maßnahmen zur Entaktivierung - mehrfach. An den Grenzübergangsstellen der Eisenbahn beläuft sich die Zurückweisung auf

60 Güterwagen

BSTU
0061

2

des durchgehenden Transitverkehrs mit Schwerpunkt Ladegut aus der Sowjetunion.

Als Begründung wird die Überschreitung der in der BRD festgelegten Grenzwerte für Radioaktivität angegeben. Eigens zu diesem Zweck wurde an den Grenzkontrollstellen der BRD der gegnerische Kräfteinsatz durch Spezialtruppe und Strahlenmeßtechnik verstärkt und an Schwerpunkten durchgängig zum Einsatz gebracht.

Zur Gewährleistung einer ständigen Lageeinschätzung und Beherrschung der eingetretenen Situation wurden in Zusammenarbeit mit dem Bereich Chemischer Dienst des Ministeriums für Staatssicherheit, der Hauptabteilung VI und der Hauptabteilung XIX unverzüglich wirksame Maßnahmen zur Verhinderung bzw. Minimierung negativer, ökonomischer und politischer Folgen eingeleitet.

Aus der gegebenen Lage heraus erfolgte die Mobilisierung und der unmittelbare Einsatz von Kräften des Chemischen Dienstes des Ministeriums für Staatssicherheit im Bereich der Grenzübergangsstellen zur BRD, um zurückgewiesene Fahrzeuge auf Radioaktivität zu messen und erforderliche Maßnahmen der Entaktivierung einzuleiten. Im engen Zusammenwirken mit den zentralen und territorialen Leitungsorganen des Verkehrswesens wurden in ausgewählten Kraftverkehrsbetrieben Sofortmaßnahmen zur Säuberung und Entaktivierung durchgesetzt.

Über den Minister für Verkehrswesen wurde dazu veranlaßt, daß kurzfristig die notwendigen materiellen und personellen Bedingungen geschaffen wurden.

Es kann eingeschätzt werden, daß das Zusammenwirken mit den zentralen und örtlichen Leitungsorganen des Kraftverkehrs und der Eisenbahn jederzeit den Erfordernissen entsprach und die notwendigen Gegenmaßnahmen schnell wirksam wurden. Damit konnte gesichert werden, daß trotz der beachtlichen Behinderungen der

BSTU
0062 3

grenzüberschreitende Verkehr im wesentlichen reibungslos verläuft.

Zur Kontrolle und Unterstützung der festgelegten Maßnahmen befinden sich seit dem 01. Mai 1986 ständig ca. 150 Kräfte des Bereiches Chemischer Dienst des Ministeriums für Staatssicherheit vor Ort im Einsatz, welche bisher einen wesentlichen Beitrag zur Lösung der gestellten Aufgaben leisteten. Durch diese Kräfte wurden bisher insgesamt an der Grenze zur BRD 3 900 Kfz. gemessen und davon 960 behandelt und im Grenzeingang von der VR Polen bzw. CSSR 8 100 Kfz. gemessen und davon 150 behandelt.

Durch den Minister für Verkehrswesen wurden in Abstimmung mit dem Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten die Leiter der Verkehrspolitischen Abteilungen an den Botschaften der DDR in der VR Polen und der CSSR sowie anderer sozialistischer Staaten informiert, um über die zuständigen Ministerien dieser Länder das Vorgehen der DDR durch analoge Maßnahmen bereits auf ihrem Territorium zu unterstützen. Im Falle festgestellter überhöhter Radioaktivität wurde festgelegt, Straßenfahrzeuge und Güterwagen - mit Ausnahme die aus dem Versandgebiet der UdSSR - zurückzuweisen.

Die Aktivitäten seitens der DDR wurden durch Entaktivierungseinheiten der GSSD an der Staatsgrenze Ost (Straße und Eisenbahn) wirksam unterstützt. Dadurch ging seit dem 09. Mai 1986 die Zahl der Zurückweisungen von Kraftfahrzeugen an der Ost- und Westgrenze der DDR zurück.

Zu einem Zeitpunkt, als sich auf Grund der verstärkten gegnerischen Aktivitäten die Zurückweisungen von Kraftfahrzeugen erhöhte und sich die Lage durch Ausdehnung des willkürlichen Vorgehens der BRD auf den Eisenbahngüterverkehr entsprechend einem Fernschreiben der Deutschen Bundesbahn vom 07. Mai 1986 zuspitzte, wurden in Zusammenarbeit zwischen den vorgenannten Dienstleistungen des Ministeriums für Staatssicherheit und dem Ministerium für Verkehrswesen Vorschläge unterbreitet, die durch angewiesene Maßnahmen des Genossen Minister mit hoher Wirksamkeit durchgesetzt wurden.

BSTU
0063 4

Im Ergebnis der zentralen Beschlußfassung wurden weitere vorbeugende Gegenmaßnahmen an Schwerpunkten des Grenzeinganges im Eisenbahngüterverkehr an den Grenzen der DDR zur VR Polen und CSSR sowie zum Fährverkehr ab 06. Mai 1986 wirksam.

In Abstimmung mit dem Ministerium für Nationale Verteidigung kamen Spezialeinheiten der Nationalen Volksarmee und GSSD zum Einsatz.

Die politisch motivierte Zweckbestimmung, die Willkürlichkeit und die vordergründig gegen die Sowjetunion gerichteten feindseligen Aktivitäten unter Mißbrauch des grenzüberschreitenden Straßen- und Eisenbahngüterverkehr werden insbesondere durch folgende Tatsachen hervorgehoben:

Die Kontrollmaßnahmen auf Radioaktivität erfolgen nicht lückenlos an allen Grenzkontrollstellen der BRD.

So wurden im bayrischen Raum an der Grenzkontrollstelle Rudolphstein und im norddeutschen Gebiet an der Grenzkontrollstelle Lübeck-Schlutup (Straße) sowie im Eisenbahnverkehr an dem Grenzübergang Herrnburg/Lübeck bisher keine Zurückweisungen vorgenommen bzw. gegnerische Aktivitäten registriert.

Am 07. Mai 1986 wurde das Ministerium für Verkehrswesen und weitere 18 europäische Bahnverwaltungen durch ein dringendes Fernschreiben der Deutschen Bundesbahn, Zentralstelle Mainz, davon unterrichtet, daß wegen des Verdachts radioaktiver Verunreinigung von Schienenfahrzeugen Annahmeverweigerungen erfolgen.

Die angekündigten Maßnahmen beziehen sich auf alle Güterwagen aus den Versandgebieten der sozialistischen Staatengemeinschaft sowie der übrigen Länder, die Empfänger des Fernschreibens sind. Vom Empfang des Fernschreibens wurde die Sowjetische Staatsbahn offenbar vorsätzlich ausgeschlossen und damit über diese Einschränkungen im Transitverkehr im unklaren gelassen, obwohl das Versandgebiet UdSSR voll in die Annahmesperre einbezogen wurde.

BSTU
0064 5

Infolge des Fernschreibens wurden jedoch bis zum Zeitpunkt keine verschärfenden Kontrollen der BRD festgestellt.

Die willkürlichen Maßnahmen der BRD zur Zurückweisung erfolgten im Eisenbahngüterverkehr zu einem wesentlich späteren Zeitpunkt als im Kraftverkehr.

Der Reisezugverkehr sowie die Binnenschifffahrt wurden davon gänzlich ausgeschlossen.

Durch die getroffenen Festlegungen und realisierten Maßnahmen der Zusammenarbeit innerhalb des Ministeriums für Staatssicherheit sowie mit den Partnern des Zusammenwirkens konnte dazu beigetragen werden, den willkürlichen Handlungen seitens der BRD in geeigneter Form entgegenzuwirken und die dadurch eingetretenen Verluste für die Volkswirtschaften der DDR und der anderen sozialistischen Länder auf ein Mindestmaß zu reduzieren.

Die gegenwärtige Lage zeigt weiterhin eine rückläufige Tendenz bei den Zurückweisungen von Fahrzeugen im grenzüberschreitenden Verkehr mit der DDR.

Abteilung III

Berlin, 29. Juli 1986
tho-miBSTU
0008

31. JULI 1986	LH
Teil-Nr. 5194186	
Von: <i>Franke</i>	
	<i>Fr</i>

KD Köpenick

Beeinträchtigung der Produktion im VEB Fotochemische Werke Berlin infolge des Reaktorunglücks in der UdSSR
(Information E/0604/86)

Durch eine zuverlässige inoffizielle Quelle wurde erst jetzt bekannt, daß ungefähr drei Tage nach dem Reaktorunglück in Tschernobyl in der Röntgenfilmproduktion des

VEB Fotochemische Werke Berlin
1170 Berlin, Friedrichshagener Str.

in starkem Maße schwarze Flecke auf Röntgenfilmen auftraten. Aufgrund langwieriger Prüfungsverfahren konnte erst viel später die eigentliche Ursache erkannt und damit begonnen werden Entaktivierungsmaßnahmen einzuleiten und durchzuführen. Die Fehlerermittlung ergab im Werk als Ursprungsort die Abteilung Unterlageherstellung. Den Nachweis erbrachte der Kollege [REDACTED] durch Messen der Radioaktivität an den Klimaanlagefiltern der Abteilung Begießerei. Es entstand ein ökonomischer Schaden an Endprodukten von ca. 6 Millionen Mark. Das bedeutet, daß ca 50 000 m² Rollenware und ebensoviel Formatware an Röntgenfilmen durch unzulässige Einwirkung der Radioaktivität unbrauchbar wurden. Dazu kommt noch ein erheblicher Aufwand bei der Entaktivierung der Produktionsstätten.

An allen Unterlagegießmaschinen der Abteilung Unterlageherstellung wurde die Produktion beeinträchtigt. Entgegen den betrieblichen Anordnungen sind in dieser Abteilung seit langem die Fenster geöffnet. Die vorhandene Gebäudeklimaanlage befand sich in einem nicht einsatzfähigen Zustand. Dadurch gelangte Außenluft mit der in ihr enthaltenden Radioaktivität in das Produktionsgebäude und damit an die Gießmaschinen. Der Staub mit den radioaktiven Partikeln konnte sich somit auf die Unterlagefolien absetzen und erzeugte die sogenannten "schwarzen Flecke", nachdem in den Folgeabteilungen die Folien beschichtet wurden.

Zur Ursachenforschung und -beseitigung wurde das

Staatliche Amt für Strahlenschutz und Atomsicherheit
1157 Berlin, Waldowallee 117

eingeschaltet.

BSTU
0009

2

Zur Wiederherstellung der Produktionsfähigkeit der Unterlageabteilung ist eine vollständige Entaktivierung aller neun Gießmaschinen einschließlich des gesamten Gebäudes notwendig. Die Entaktivierungsmaßnahmen bestehen im Waschen aller Maschineninnen- und außenteile sowie der Wandflächen einschließlich der anschließenden malermäßigen Instandsetzung aller Räume. Die Entaktivierung ist derzeit an fünf Maschinen abgeschlossen. Das Werk erhielt Zusatzarbeitskräfte aus dem eigenen Kombinat, dem Stadtbezirk Köpenick, der Pateneinheit der Grenztruppen sowie durch Studenten.

Auf einer APO-Versammlung am 14. 7. 1986 wurden alle Genossinnen und Genossen vom technischen Direktor des Werkes zum Sachverhalt informiert. Die anschließende Diskussion verlief positiv, da der technische Direktor die Probleme, die zum Schaden führten sowie die eingeleiteten Maßnahmen offen dargelegt hat.

Abschließend ist noch zu bemerken, daß in den Produktionsabteilungen Begießerei und Filmaufbereitung keine Beeinflussung der Produktion auftrat, da die Filter der dort installierten Klimaanlage den radioaktiven Staub der Außenluft zurückhielten. Derartige Filter sind auch in den Klimaanlage der Abteilung Unterlageherstellung eingebaut. Diese Anlagen waren wie bereits dargelegt in defektem Zustand.

Um Kenntnisnahme wird gebeten.

Leiter der Abteilung

i. V.

Ehrlich
Ehrlich
Major

BSTU
0008 1

Hauptabteilung XVIII

Berlin, den 2. Januar 1987

Nr. 3 / 87

gef. Exemplare

Exemplar XVIII (6)

(Info vom 15. 12.)

Information

über Maßnahmen im Verantwortungsbereich des Ministeriums für Land-, Forst- und Nahrungsgüterwirtschaft nach der Kernkraftwerkhavarie von Tschernobyl

Das Ministerium für Land-, Forst- und Nahrungsgüterwirtschaft hat in Erkenntnis möglicher Gefahrenmomente unmittelbar nach der Havarie von Tschernobyl Maßnahmen der Kontrolle und Überwachung von Produkten und Flächen der Landwirtschaft der DDR auf Strahlenbelastung festgelegt. Diese in Abstimmung mit dem Staatlichen Amt für Atomsicherheit und Strahlenschutz der DDR durchgeführten Messungen erfolgten auf Weide-, Futter- und Gemüseflächen. Dabei wurden Produkte wie Spinat, Salat, Feldfutter, Milch, Butter, Fleisch und Zucker ständig kontrolliert. Die Verwendung der Produkte wurde so organisiert, daß zu keiner Zeit Gefahren für die menschliche Ernährung eintraten.

Durch die Forderungen, insbesondere westlicher Abnehmer von Frischprodukten (Gemüse, Milch, Fleisch u. a.) erfolgte eine ständige Messung und Zertifizierung der Exportprodukte und deren Strahlenbelastung, die zur Zeit noch fortgesetzt wird.

Messungen bei eingelagerten Futtermitteln, deren Gewinnung zum Zeitpunkt erhöhter Strahlenbelastung erfolgte, ergaben nach wie vor erhöhte Strahlenbelastungen, die jedoch nach Einschätzung des Leiters des Staatlichen Amtes für Atomsicherheit und Strahlenschutz, Prof. Sitzlack, in keiner Weise gesundheitsgefährdend sind.

Diese erhöhten Strahlenbelastungen wurden nach Messungen des Staatlichen Amtes für Atomsicherheit und Strahlenschutz in den Räumen

südlich von Schwerin
nördlich von Magdeburg
westlich von Potsdam

festgestellt.

BSTU
0009 2

2

Der Minister für Land-, Forst- und Nahrungsgüterwirtschaft hat die zuständigen staats- und wirtschaftsleitenden Organe differenziert informiert. Für die betroffenen Bezirke (Schwerin, Magdeburg, Potsdam) wurden folgende Maßnahmen festgelegt:

1. Feldfrüchte, Futtermittel und aus ihnen gewonnene Produkte mit festgestellter Strahlenbelastung dürfen nicht für den Export sowie für Sonderbedarfsträger (bei Fleisch, Milch und Milchprodukten) eingesetzt werden.
2. Wo diese Futtermittel für die sonstige Produktion verwendet werden, erfolgt ihr Einsatz sachkundig.

Diese Maßnahmen sind auch darauf gerichtet, unter den Werktätigen der Land-, Forst- und Nahrungsgüterwirtschaft keine Verunsicherungen hervorzurufen.

Der Minister für Land-, Forst- und Nahrungsgüterwirtschaft hat seine Stellvertreter für Produktion, Gen. Findeis, und für Nahrungsgüterwirtschaft, Gen. Männel, mit der Kontrolle der Einhaltung o. g. Maßnahmen beauftragt.

Stimmungen und Reaktionen der Bevölkerung

Nach Bekanntwerden der nuklearen Katastrophe von Tschernobyl bemühte sich die Stasi ein umfassendes Bild von den Reaktionen der Bevölkerung zu gewinnen. Dafür benutzte die Geheimpolizei neben ihren inoffiziellen Mitarbeitern (IM) auch andere Zuträger.

Die Zentrale Auswertungs- und Informationsgruppe (ZAIG), bei der alle Informationskanäle zusammenliefen, berichtete eine Woche nach Bekanntwerden über die Katastrophe. Die von der ZAIG geschilderte Stimmungslage der Bevölkerung alarmierte die Stasi. Die Adressaten des geheimen ZAIG-Berichtes zu Tschernobyl waren neben Minister Erich Mielke unter anderen dessen Stellvertreter Rudi Mittig und Gerhard Neiber. Auf einem Bericht vermerkte der Stasi-Chef Mielke handschriftlich: „unter Kontrolle halten“ – er wollte also weiterhin genau informiert werden und beauftragte seinen Apparat, Unruhe unter den Bürgerinnen und Bürgern entgegenzuwirken.

Die Widersprüche zwischen der staatlichen Informationspolitik der DDR und den anderslautenden Meldungen der westdeutschen Medien führten zu Ungewissheit, Ängsten und Gerüchten in der Bevölkerung – was zu verhindern eigentlich Auftrag der Stasi war. So dokumentieren die MfS-Berichte auch, wie schlecht die ostdeutschen Bürgerinnen und Bürger über die tatsächliche Gefahr der radioaktiven Wolke aus der Sowjetunion informiert waren.

Zentrale Auswertungs-
und Informationsgruppe

Berlin, 6. Mai 1986

BStU
000002

HINWEISE

über Reaktionen der Bevölkerung der DDR auf die Havarie im Kernkraftwerk Tschernobyl/UdSSR

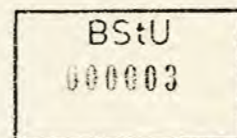
Die Havarie im sowjetischen Kernkraftwerk Tschernobyl ist nach vorliegenden Hinweisen von der übergroßen Mehrheit der Bevölkerung der DDR mit Betroffenheit und Anteilnahme aufgenommen worden.

Aus allen Bevölkerungsschichten wurde übereinstimmend die Hoffnung zum Ausdruck gebracht, daß die Schäden in Folge dieses Vorkommnisses so gering wie möglich bleiben mögen. Gleichzeitig wird auf die technischen Möglichkeiten der UdSSR vertraut, die Havarie und die damit verbundenen Auswirkungen voll zu beherrschen.

Die erfolgte Mitteilung, daß in der DDR andere Reaktortypen im Einsatz sind und für deren Betrieb die nationalen Sicherheitsvorschriften maßgeblich seien, wurde von breiten Bevölkerungskreisen mit Beruhigung und Befriedigung aufgenommen.

Die Interviews mit kompetenten führenden DDR-Wissenschaftlern hätten viel dazu beigetragen, die mit der Havarie entstandenen Probleme zu verstehen und Gewißheit gegeben, daß für die Bevölkerung der DDR keinerlei Gefahren bestehen.

Da nach Auffassung vieler Personen auch in Zukunft auf die friedliche Nutzung der Atomkraft nicht verzichtet werden könne, würden sich in Auswertung der Havarie die Sicherheitsvorschriften offensichtlich insgesamt noch weiter verschärfen, um ein bei der Einführung wissenschaftlicher Erkenntnisse in die Praxis immer vorhandenes Risiko möglichst gering zu halten.



2

Wiederholt wurde zum Ausdruck gebracht, eine "absolut zuverlässige Technik" werde es niemals geben, zumal es sich gerade bei der Nutzung der Atomkraft um komplizierteste technische Systeme handle.

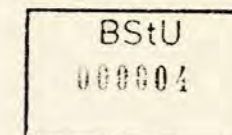
Von interessierten Personenkreisen wurde mehrfach die Frage aufgeworfen, wie sicher die in der DDR betriebenen bzw. in Bau befindlichen Kernkraftwerke seien.

Vor allem Werktätige auf derartigen Baustellen in Lubmin/Rostock und Stendal/Magdeburg brachten in Meinungsäußerungen eine gewisse Sorge und Unsicherheit über die möglichen Folgeschäden einer Havarie in Reaktoren zum Ausdruck. Sie seien nicht genügend über die technischen und technologischen Probleme beim Betrieb eines Kernkraftwerkes sowie über die Verhinderung von Störungen bzw. deren Beseitigung aufgeklärt und wollten wissen, ob und wie man in der DDR auf mögliche Havarien vorbereitet sei. Dazu werden von ihnen umfassendere Informationen erwartet.

Angehörige der wissenschaftlich-technischen Intelligenz des Kernkraftwerkes "Bruno Leuschner"/Rostock stellten nach Bekanntwerden des Vorkommnisses in Tschernobyl vor allem Fragen nach dessen Ursachen. Nachdem bei ihnen Klarheit über den dort eingesetzten Reaktortyp bestand, vertraten sie mehrheitlich die Auffassung, daß sich in ihrem Werk eine derartige Havarie nicht ereignen könne.

In einzelnen Meinungsäußerungen wurde behauptet, die Kernreaktoren in der DDR seien - obwohl ein anderer Typ - ebenfalls sowjetische Konstruktionen und würden daher auch keine größere Sicherheit bieten. Im Falle einer ähnlichen Havarie in der DDR hätte das ungleich schwerwiegendere Folgen, da unser Territorium wesentlich dichter besiedelt sei.

Es wurde daher weiter die Frage aufgeworfen, ob es überhaupt zu verantworten sei, in unserem Land derartige Energiequellen zu erschließen.



3

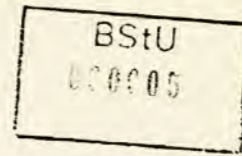
Im Zusammenhang mit der intensiven Verfolgung der in den DDR-Medien und den in westlichen Funkmedien veröffentlichten Beiträgen zur Havarie in Tschernobyl wurde durch breite Bevölkerungskreise vielfach Unverständnis über das relativ späte Reagieren seitens der Publikationsorgane der DDR bzw. der UdSSR geäußert, und es wurden Vergleiche zur angeblich aktuelleren und umfassenderen Berichterstattung der westlichen Funkmedien gezogen.

Überdies habe das späte Reagieren der DDR-Publikationsorgane zu unnötigen Gerüchten und Spekulationen geführt, die sich nachträglich als falsch erwiesen hätten. Vor allem progressive Personen werteten die Informationen der Westmedien als "Propagandarummel", der insbesondere durch reaktionäre Kreise von NATO-Staaten zur erneuten Torpedierung der sowjetischen Friedensvorschläge diene und von den Diskussionen über USA-Atomtests und das SDI-Programm ablenken solle.

Sie bedauerten, daß es gerade jetzt zu einer Havarie in einem Kernkraftwerk der UdSSR gekommen sei, die in schamloser Weise durch westliche Medien ausgenutzt werde. Der gleiche Personenkreis argumentierte weiter, auch in den kapitalistischen Staaten habe es bereits mehrere Havarien in Kernkraftwerken gegeben, doch ein derartiges "Hochspielen" solcher Vorkommnisse sei hier ausgeblieben. Die westlichen Medien hätten sich dann lediglich auf die alleinige Mitteilung von Fakten beschränkt.

In diesem Zusammenhang äußerten auf politisch-realistischen Positionen stehende kirchenleitende Persönlichkeiten der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Thüringen, daß "diese Katastrophe Wasser auf die Mühlen derer sei, die sich gegen die Friedensvorschläge der UdSSR richten". In der westlichen Welt würde ihrer Auffassung nach kaum jemand von der schädigenden Wirkung der ständigen Atomwaffentests der USA sprechen.

In Einzelfällen identifizierten sich Personen aus unterschiedlichen Bevölkerungskreisen mit den Meldungen der westlichen Funkmedien und

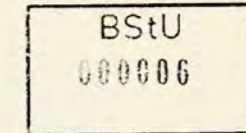


zweifelten den Wahrheitsgehalt der Berichterstattung der DDR an. Ihrer Meinung nach sei das tatsächliche Ausmaß der Havarie in Tschernobyl viel größer als gemeldet. Sie "argumentierten":

- Es sei unglaublich, daß es nur zwei Todesopfer gegeben haben solle.
- In der VR Polen sowie in den skandinavischen Ländern seien verseuchte Zonen festgestellt worden.
- Die UdSSR hätte niemals eine Havarie in einem ihrer Kernkraftwerke zugegeben, wenn nicht in anderen Ländern eine erhöhte Radioaktivität festgestellt worden wäre.
- Obwohl auch in der DDR höhere Werte gemessen wurden, seien die bisherigen Veröffentlichungen als Versuch zu werten, die Havarie zu bagatellisieren.

In diesem Zusammenhang äußerten Mitarbeiter des Zentralinstituts für Isotopen- und Strahlenforschung der DDR in Leipzig, daß die sowjetischen Behörden zu spät und erst dann informiert hätten, als die radioaktiven Wolken die Grenze der UdSSR erreicht hätten.

Offensichtlich beeinflusst durch Sendungen westlicher Funkmedien bezweifelten Studenten einer Seminargruppe der Sektion Chemie an der Universität Greifswald/Rostock, daß in der DDR regelmäßig Messungen der Radioaktivität durchgeführt werden, wie sie in anderen Ländern üblich seien. Bei einer solchen Dosis, wie sie in Dänemark gemessen worden sein soll, müsse die Zahl der Todesopfer in Tschernobyl in Frage gestellt werden. Auf Spätfolgen, die ihrer Meinung nach "mit Sicherheit" zu erwarten seien, wäre ebenfalls noch nicht hingewiesen worden.



In Einzelfällen erfolgten beim Jugendreisebüro der DDR Rücktritte bzw. Absichtserklärungen zu Rücktritten von Reisen in die UdSSR, die mit der Havarie des Kernkraftwerkes in Tschernobyl begründet wurden.

Eltern und Schüler zweier Schulklassen, die eine Freundschaftsreise nach Kiew geplant haben, äußerten zum Teil Bedenken wegen dieser Fahrt, da die tatsächliche Lage in dem betreffenden Gebiet ungewiß sei.

Hauptabteilung XVIII/5

Berlin, 6. Mai 1986

BSU 000256

*unter Kontrolle
halten. Mi*

Gespräch mit dem Präsidenten des Staatlichen Amtes für Atom-
sicherheit und Strahlenschutz (SAAS) Genossen Prof. Sitzlack
am 6. 5. 1986

Genosse Prof. S i t z l a c k wurde über Reaktionen von Werk-
tätigen der Kernkraftwerke Lubmin und Stendal sowie über
Diskussionen unter Studenten der Universität Greifswald auf die
Havarie im Kernkraftwerk Tschernobyl informiert.
Genosse Prof. Sitzlack erklärte hierzu, daß die verantwortlichen
staatlichen Leiter der Kernkraftwerke Lubmin und Stendal, ein-
schließlich der Leiter der dortigen Baustellen, über eindeutige
Kenntnisse über die Sicherheit unserer Kernkraftwerke, die Unter-
schiedlichkeit unserer Typen zum Typ in Tschernobyl verfügen
und über die Regime zur Verhinderung von Störungen und Havarien bzw.
deren Beseitigung informiert sind.
Es liegt in ihrer Verantwortung, die in den Kernkraftwerken
Beschäftigten entsprechend aufzuklären, zu schulen und zu in-
formieren.
Genosse Prof. Sitzlack wird die zuständigen Minister informieren
und um die Gewährleistung einer sachlichen Information und Auf-
klärung in den genannten Bereichen bitten.

Hinsichtlich der Zweifel der Studenten der Universität Greifswald
zur Durchführung von regelmäßigen radioaktiven Messungen in der
DDR kann auf bisherige und zukünftige Veröffentlichungen in
unseren Medien verwiesen werden. Dabei könnte bei Studenten
der Chemie im Grunde eigene Sachkenntnis über den nicht zutreffenden
Zusammenhang von Luftaktivitäten und akuten Erkrankungen vorausge-
setzt werden.
Bei den Spätfolgen, welche nach Meinung der Studenten zu erwarten
sind, wird von spekulativen westlichen Positionen ausgegangen, die
wissenschaftlich nicht zu beweisen sind.
Die gegebenen Hinweise wird Genosse Prof. Sitzlack nutzen, um
die für Presse, Rundfunk und Fernsehen durch das SAAS zu er-
arbeitenden Argumentationen entsprechend zu präzisieren.
Außerdem wird er dem Vorsitzenden des Ministerrates der DDR vor-
schlagen, zur nächsten Sitzung des Ministerrates an alle Minister
die erforderlichen Hinweise zu geben.

BSTU 0001



TRANSPORTPOLIZEI-AMT

Suhl

Leiter Kommissariat I

Transportpolizei-Amt Suhl · 6100 Meiningen · Ernst-Thälmann-Straße 12 a

BDVP Suhl
Kriminalpolizei
Dezernat I

Schleusinger Str. 111

S u h l

L 6 0 0 0

Ihre Zeichen	Ihre Nachricht vom	Hausapparat	Unsere Zeichen	Datum
		34	kä-li	9. Mai 1986

Betreff:

Informationsbericht zum Reaktorunglück in Tschernobyl

Durch den Rentner [REDACTED], 64 Jahre, SED, Leimbach, wurde im
Zusammenhang mit dem Reaktorunglück in Tschernobyl folgendes in Erfah-
rung gebracht:

In Leimbach und in Bad Salzungen gibt es Erscheinungen, daß Bürger den
Verzehr von Salat und von frischer Milch ablehnen. An der POS in Leim-
bach und auch an Schulen der Kreisstadt wurde die bestellte Trinkmilch
für die Kinder nicht abgeholt, so daß diese sauer geworden ist. Offen-
sichtlich ist in diesem Bereich der Einfluß des BRD-Fernsehens sehr
stark, und die Bürger glauben den Argumenten des Gegners.

Die Lehrerin [REDACTED], Hans-Beimler-Oberschule
Meiningen, Meiningen, Kalininring, äußerte im Zusammenhang mit dem Reak-
torunglück in der UdSSR: "Für mich kommt es nicht in Frage, daß ich im
Freien angebautes Gemüse verzehre. Im BRD-Fernsehen habe ich gehört, daß
die Strahlungsschäden noch in 30 Jahren wirksam sind".

Im Bereich des Bf. Grimmenthal gibt es erhebliche Diskussionen im Zusam-
menhang mit dem Reaktorunglück in der Sowjetunion. Es gibt Meinungen, die
dahin gehen, daß durch unsere Presse die Menschen viel zu wenig infor-
miert werden und daß von seiten der Sowjetunion dieser Unfall nicht ernst
genug eingeschätzt wurde. In den Diskussionen wird hauptsächlich von den
Veröffentlichungen der westlichen Massenmedien ausgegangen. In diesem Zu-
sammenhang brachte der [REDACTED] des Bf. Grimmenthal, [REDACTED],
30 Jahre, parteilos, zum Ausdruck, daß man doch die Leute nicht für dumm
verkaufen soll; denn wenn im Westen schon sehr hohe radioaktive Werte ge-
messen wurden, dann sind sie bei uns doch noch höher. Man redet in der
Presse nur immer drumherum, aber etwas konkretes wird nicht gesagt. So
heißt es, daß die Werte neu angestiegen, aber für den Menschen nicht ge-
fährlich sind. Warum sagt man nicht, um wieviel sie höher liegen und ob
bzw. ab wann sie für den Menschen gefährlich werden. Im Westen wurde ge-
sagt, daß man im Freien angebauten Salat nicht essen soll und daß die
Milch von Kühen, die im Freien weiden, nicht an kleine Kinder gegeben

2

werden soll. Es wird die Frage gestellt, wie das nun bei uns in der DDR ist. Der Güterbodenarbeiter [REDACTED], parteilos, 54 Jahre, Bf. Hildburghausen, äußerte in einem Gespräch über den Unfall im Atomkraftwerk Tschernobyl, daß er befürchtet, auch schon atomar verseucht zu sein. Er sagte weiter, im Westen geben sie schon Tabletten aus und vernichten bereits angebautes Gemüse.

Der Güterbodenarbeiter [REDACTED], parteilos, 46 Jahre, Bf. Hildburghausen, sagte in diesem Zusammenhang noch, bei uns dauert das so und so immer etwas länger, und ehe die ausgeschlafen haben (damit meine er Partei und Regierung), ist sowieso alles zu spät.

Im Bereich des Raw Meiningen traten Diskussionen bezüglich des Reaktorunglücks hauptsächlich aufgrund des schlechten anfänglichen Informationsflusses seitens der Sowjetunion bzw. von seiten unserer Massenmedien auf. So wird als Grundtendenz eingeschätzt, daß bei einem derartigen Unglück es regelrecht unverantwortlich ist, die Öffentlichkeit derart zu desinformieren. Durch den Raw-Beschäftigten [REDACTED], parteilos, ca. 35 Jahre, wurde geäußert, daß ein derartiges Unglück heutzutage zwar überall auftreten kann, daß jedoch entscheidend ist, daß die Öffentlichkeit rechtzeitig über die Auswirkungen und Konsequenzen informiert wird, damit derartigen Argumenten, wie sie von seiten des BRD-Fernsehens hervorgebracht werden, offensiv entgegengetreten werden kann. Durch den Schlosser im Raw Meiningen [REDACTED] wurde geäußert, daß wir einfach nicht begreifen wollen, daß es sich notwendig macht, auch unsere Bürger offen und ehrlich zu informieren, um westlichen Argumenten Pardi zu bieten. Auf der einen Seite veröffentlichen wir laufend unsere gute Zahlenbilanz in der Volkswirtschaft, womit vorerst sowieso keiner etwas anfangen kann, und auf der anderen Seite sind wir nicht in der Lage, bei derartigen Vorkommnissen wie in Tschernobyl schnell zu reagieren. Es wird als traurig eingeschätzt, daß man unseren Bürgern gegenüber im Rahmen der Veröffentlichungen durch die Massenmedien so wenig Vertrauen entgegenbringt. Dies habe sich ja letztendlich auch bei dem Abschluß einer koreanischen Maschine beim Überfliegen sowjetischen Hoheitsgebietes bewiesen.

Der [REDACTED] des Bf. Bad Salzungen, [REDACTED], äußerte, daß der Westen die ganze Geschichte zu seinen Gunsten ausschaltet und mit Absicht Panik unter der Bevölkerung hervorrufft. Damit kann man wieder einmal für eine bestimmte Zeit von den eigenen Problemen ablenken und auf der anderen Seite jedem zeigen, wie "gefährlich" und "technisch unterentwickelt" die Sowjetunion ist. An der Haltung der meisten DDR-Bürger zeigt sich, welche Rolle der Einfluß der Massenmedien auf einen Menschen hat. Drüben kennt man nur die eine Seite des Unfalls mit großen Schreckensbildern und unsere Bürger sind ruhiger und besonnener, da wir die Sache ruhig und sachlich auswerten und darüber informieren. Der [REDACTED] des Bf. Bad Salzungen, [REDACTED], äußerte, daß man dem Westen noch viel mehr Wind aus den Segeln hätte nehmen können, wenn man etwas früher und ehrlicher informiert hätte. So hatte der Westen genug Spielraum, um die Massen zu verdammen, und die Sowjetunion mußte jeden Tag Gegendarstellungen herausbringen. An der Haltung der UdSSR-Bürger dazu zeigt sich wieder einmal, welche Größe diese Menschen auszeichnet. Der Rangierarbeiter [REDACTED], parteilos, ca. 25 Jahre, äußerte, daß man auch bei uns langsam mit dem Rummel um die Radioaktivität aufhören sollte; oder glaube man, daß alle Bürger bloß Westen sehen? Wenn man noch lange Fernsehsendungen bei uns macht, stößt man die Leute doch vor den Kopf.

Kälber
Hptm. der K

MINISTERIUM FÜR STAATSSICHERHEIT

Kreisdienststelle Merseburg

BSTU
0029

Streng vertraulich!
Um Rückgabe wird gebeten!

Merseburg, 20. 5. 86

Blatt

Nr. 45 / 86

Exemplar

INFORMATION

über

weitere Stimmungen und Meinungen im Zusammenhang mit der Havarie im KKW Tschernobyl

In Arbeits- und Wohnbereichen des Verantwortungsbereiches traten auch in der vergangenen Woche wiederkehrend Diskussionen zur Havarie im KKW, den Auswirkungen sowie zur Ansprache des Gen. Gorbatschow auf. Dabei ist festzustellen, daß insgesamt frühere Tendenzen der Verunsicherung, insbesondere hinsichtlich möglicher radioaktiver Auswirkungen auch in der DDR weitestgehend abgebaut sind. Bei den Meinungsäußerungen dominieren die Auffassungen, daß "diese Tragödie von den westlichen Massenmedien hochgespielt wird". Gleichzeitig wird häufig bemerkt, daß durch die verzögerte Informationsvermittlung seitens der SU Verwirrungen über das tatsächliche Ausmaß der Havarie und der sich daraus ergebenden Folgen verbreitet entstanden sind. Arbeiter im VEB IMO Merseburg sagten dazu u. a., daß "der Westen wieder maßlos übertreibt, aber die SU auch Informationen unterschlägt und die DDR-Presse wieder alles verharmlost". Kader im Bereich Forschung im VEB Litzkendorf vertraten bezüglich der "Strahlendosis" die Ansicht, daß die Umweltbelastung im Kreis Merseburg durch SO₂ u. a. Schadstoffe erheblich stärker sei, als mögliche geringe Auswirkungen aus Tschernobyl insgesamt.

BSTU
0030

2

Diese, u. a. Werktätige, begrüßten insgesamt die Ansprache des Gen. Gorbatschow mit der Bemerkung, daß diese sachliche und ausführliche Darstellung etwas eher kommen hätte müssen. Dadurch hatten die Westmedien ein "freies Feld" für ihre Hetzkampagne.

Es sei auch jetzt sichtbar geworden, welches Ausmaß die Havarie tatsächlich hat, und da hatten Westsender mit ihren Spekulationen nicht immer Unrecht.

Werktätige der Landwirtschaft werteten den Bericht so, daß im System der UdSSR-Staatsorgane hinsichtlich der Erfassung und Einschätzung der Lage in der Ukraine etwas nicht stimme. Übereinstimmend wird dieses Ereignis bedauert und dazu geäußert, daß jetzt die notwendigen Schlußfolgerungen für die Produktions- und Anlagensicherheit bei KKW gezogen werden müssen.

Die erneuten Vorschläge des Gen. M. Gorbatschow zur Abrüstung und zum Atomteststop werden zwar nicht vordergründig betont, aber begrüßt.

Leiter der Kreisdienststelle

v. Büntj - Major -

Schönig
Oberstleutnant

Rostock d. 24.7.86

Betr.: Atomkroplekomyfall in der UdSSR

Über den Unfall wurde eine ganze Zeit
länger mehr darüber diskutiert als
zur unmittelbaren Zeit. Fast alle sagen,
daß der Westen es übertrieben und
dramatisiert habe was nicht gut ist.
Über ebenso schlecht ist, daß wir völlig
im Unklaren gelassen wurden und
man es herunter gespielt habe, da-
nach braucht man ja kaum noch
angst vor einer Atom bombe haben.

Am 19.7.68 hatte ich im Verwandten Kreis,
daß im Raum Elbenaerode mehrere
Kinder Fieber haben sollen und unter
dem Arsch schmerzen dort soll ein
Arzt gesagt haben weil keine Ursache
festzustellen ist es könnte vom
Reaktorunfall sein.

Blehn

Tschernobyl als Impuls für die Opposition

Als Reaktion auf Tschernobyl gab es in der DDR vereinzelt unorganisierten Protest. Die nukleare Katastrophe verlieh aber auch der unabhängigen Umweltbewegung einen starken Impuls. Die zivilgesellschaftliche Anti-Atomkraft-Bewegung in der Bundesrepublik war für die Partei- und Staatsführung ein Schreckens-Szenario. Bereits Anfang Juni 1986 musste die Stasi aber registrieren, dass die Umwelt- und Friedensgruppen in der DDR zahlreiche Aktionen zu Tschernobyl planten und umsetzten. Dass diese Gruppen eine „lange Aktion“ aus Unterschriftensammlungen, Gesprächsveranstaltungen und öffentlichem Protest ins Leben rufen könnten, bereitete der Geheimpolizei Kopfzerbrechen.

Der Appell „Tschernobyl wirkt überall“ weckte die besondere Aufmerksamkeit der Stasi. Dieser Aufruf mit 141 Unterschriften von Anhängern der Friedens- und Umweltbewegung an die Regierung und Bevölkerung wurde am 5. Juni 1986 – dem Weltumwelttag – dem Vorsitzenden des DDR-Ministerrates und der staatlichen Nachrichtenagentur ADN übergeben.

In dem Appell hieß es: „Die Reaktorhavarie in Tschernobyl hat bei uns Unsicherheit und das Gefühl der Bedrohung ausgelöst. Unser Mitgefühl gilt allen Getöteten und gesundheitlich Geschädigten in der Sowjetunion. (...) Doch nicht nur die Bedrohung durch havarierte Kernkraftwerke ist augenscheinlich geworden, sondern ebenso die Auswirkungen einer verantwortungslosen und gesellschaftsgefährdenden Informationspolitik in Ost und West. Hier wurde entmündigt, desinformiert und verunsichert – und dies nicht erst anlässlich von Tschernobyl, sondern schon vorher.“

Rapport Nr.: 129/86

Hauptabteilung VII Information über

Eingang der Information

Datum/ Uhrzeit 09.05.86/ 20.15 Uhr
 Entgegengenommen Oltm. Malek
 Meldende Diensteinheit
 BDVP/ PdVP Potsdam

Verteiler

Generalleutnant Neiber
 Generalmajor Büchner
 Oberst Spange
 Oberst Krüger

Abteilung
 1, 3, 7, 8, 9, 13, AKG
 ZOS

I, II, III, VI, VIII, IX, X,
 XVII, XVIII, XIX, XX, XXII
 Agit., BdL, FFG,
 KuSch, N, PS, Rechtsstelle,
 VRD, ZAGG, ZAIG, ZKG

Auffinden von Schriften im Zusammenhang mit der Havarie im Kernkraftwerk Tschernobyl in Potsdam

Am 09.05.86 gegen 00.30 Uhr stellte ein Mitarbeiter des MfS im Stadtgebiet von Potsdam Schriften fest, die im Zusammenhang mit der Havarie im Kernkraftwerk Tschernobyl stehen.

Durch einen unbekanntem bzw. durch unbekannte Täter wurden an 11 verschiedenen Stellen, wie PKW, KOM-Haltestellen, Telefonzellen und Litfaßsäulen insgesamt 17 Zettel in der Größe 10x10 mit folgendem Text angebracht:

"1. Stoppt die Kernkraftwerke. Tschernobyl macht vor unsren Wohnungstüren nicht halt.
 2. Tschernobyl darf sich nicht wiederholen
 Die Alternative: Sonnenenergie "

Maßnahmen:
 Anzeige wurde aufgenommen (gem. §§ 127, 139 StGB -Beleidigung). Sicherstellung der Zettel erfolgte.
 Weitere Bearbeitung durch K des VPKA Potsdam.

Rapport Nr.: 135/86

Hauptabteilung VII Information über

Eingang der Information

Datum/ Uhrzeit 16.5.86, 4.00 Uhr
 Entgegengenommen Oltm. Malek
 Meldende Diensteinheit
 BDVP/ PdVP Leipzig

Verteiler

Generalleutnant Neiber
 Generalmajor Büchner
 Oberst Spange
 Oberst Krüger

Abteilung
 1, 3, 7, 8, 9, 13, AKG
 ZOS

I, II, III, VI, VIII, IX, X,
 XVII, XVIII, XIX, XX, XXII
 Agit., BdL, FFG,
 KuSch, N, PS, Rechtsstelle,
 VRD, ZAGG, ZAIG, ZKG

Provokatorisch - demonstrative Handlung in Leipzig

Am 15.05.86 gegen 20.20 Uhr zeigte in Leipzig, Hauptbahnhof der Bürger der DDR

geb.: [redacted] in [redacted]
 wh.: Halle, [redacted]
 [redacted] - [redacted] im VEB Vereinigte Apparate -
 Kesselbau und Armaturenwerke Halle
 Abt. XII: BV Halle, Abt.XIII: AOG 1160/80

einen Bogen Papier, in welchem Blumen eingewickelt waren, mit folgenden Text:

"Ich bin gegen Atomkraft!"

in der Öffentlichkeit vor.
 Der [redacted] rief

"Tschernobyl das muß jeder wissen, daß wir alle verseucht sind."

Weiterhin forderte er Bürger zur Unterschriftensammlung auf.

Der Täter stand unter Alkoholeinfluß.

Die Vernehmung des [redacted] und die weitere Bearbeitung erfolgen am 16.05.86 durch die K/TPA Leipzig.

Hauptabteilung XX/AKG

XXIV PJ 19/186
XXIV G/107/186
Berlin, 5. 6. 1986

BSTU
0027

Übersicht

über Aktivitäten von Exponenten der politischen Untergrundtätigkeit sowie der "Friedens- und Ökologiegruppen" im Zusammenhang mit der Kernreaktorhavarie in Tschernobyl

Von Exponenten der politischen Untergrundtätigkeit in Berlin gehen eine Reihe Aktivitäten aus, um mit Briefen, Ausarbeitungen und Eingaben die Kernreaktorhavarie in Tschernobyl für eine "lange Aktion" mit Unterschriftensammlungen und Diskussionen zu nutzen und damit u. a. die Aktivitäten in den "alternativen Gruppen und Arbeitskreisen" zu beleben bzw. weiterzuentwickeln. Bei diesen Aktivitäten handelt es sich um:

- die Erarbeitung eines 7seitigen Papiers

"TSCHERNOBYL wirkt ÜBERALL"

Appell aus der unabhängigen Friedens- und Ökologiebewegung und anderer betroffener Bürger an die Regierung und Bevölkerung der DDR (Text liegt vor).

Verfasser ist eine Gruppe um SCHULT, Reinhard und KLEIN, Thomas vom "Friedenskreis" Berlin-Friedrichsfelde. Die Vervielfältigung dieses Appells im Ormig-Verfahren wurde vermutlich in einer kirchlichen Einrichtung realisiert. Inoffiziell wurde erarbeitet, daß zum Appell bereits Unterschriften gesammelt wurden und dieser am 9. 6. 1986 beim Staatsrat der DDR und bei ADN abgegeben bzw. an den Staatsrat, die Volkskammer und das Ministerium für Umweltschutz und Wasserwirtschaft versendet werden soll. Ebenfalls ist die Verteilung des Appells in verschiedenen "Friedenskreisen" vorgesehen. In seinem Inhalt untergliedert sich der Appell in folgende Abschnitte:

1. Zur Informationspolitik
2. Der Zusammenhang zwischen ziviler und militärischer Nutzung der Kernenergie
3. Gefahren bei der Betreibung von Kernkraftwerken
4. Kernenergie und Landesverteidigung
5. Kernenergie in der Systemauseinandersetzung
6. Die Notwendigkeit der Veränderung der Energie- und Informationspolitik
7. Schlußbemerkungen.

Es wird in demagogischer und herausfordernder Weise von einer feindlich-negativen Position heraus nicht nur die Entwicklung der Kernenergie, sondern in diesem Zusammenhang auch massiv die sozialistische Wirtschaftspolitik, die Verteidigungsmaßnahmen und die Informationspolitik der sozialistischen Staaten angegriffen.

BSTU
0028

2

Der Autorenkreis plant für den 28. 6. 1986 um 19.30 Uhr eine Veranstaltung im "Friedenskreis" Berlin-Friedrichsfelde (Kirche) zum Thema Tschernobyl. In diesem Zusammenhang muß die Verbreitung von Einladungen der Jungen Gemeinde Friedrichsfelde während der Bluesmessen am 1.6.1986 zu einem Informations-, Gesprächs- und Diskussionsabend unter dem Thema: Schöpfung gegen "Strahlende Zukunft"? zum gleichen Zeitpunkt und Ort gesehen werden;

- Abfassung eines Briefes zur Atomenergiepolitik an die Tagung der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR durch den operativ bekannten PFLUGBEIL, Sebastian (Physiker, wissenschaftlicher Mitarbeiter im Institut für Herz-Kreislauf-Forschung der AdW). Nach vorliegenden Hinweisen sei der Text durch Generalsuperintendent KRUSCHE befürwortet und 15x vervielfältigt worden. Nach Äußerungen von Konsistorialpräsident STOLPE soll dieser Brief auf der Tagung der KKL am 4./5. 7. 1986 behandelt werden. KRUSCHE habe die Initiatoren der Berliner "alternativer Gruppen" bei einem Zusammentreffen darauf orientiert, den von PFLUGBEIL verfaßten Brief besonders in den "Ökologiegruppen" zu behandeln. Andererseits wäre eine Verbreitung des Briefes in allen "Friedenskreisen" nicht ratsam, da sich das Thema Atomenergie in diesen Kreisen ohnehin "verlaufen" würde.

Maßnahmen zur Beschaffung des Textes und zur Kontrolle der Aktivitäten sind eingeleitet. (Im vorn genannten Appell des KLEIN und SCHULT ist vermerkt, daß die Formulierung des Punkt 3 "Gefahren bei der Betreibung von Kernkraftwerken" unter Verwendung dieses Briefes von PFLUGBEIL erfolgte.);

- Vorhaben des operativ bekannten TEMPLIN, ein provokatives Schreiben an die Volkskammer der DDR zu richten. Zum Inhalt äußerte TEMPLIN, daß dieses Schreiben aus 2 Teilen bestehen soll,
 - einem kurzen Text zu Problemen der Kernenergiepolitik, zu dem eine breite Unterschriftensammlung organisiert werden müsse
 - einem Hauptteil, der den Unterzeichnern des ersten Teils nicht vorgelegt werden dürfe, um diese "nicht zu verschrecken". In diesem Teil solle das eigentliche Anliegen - Darstellung des "Zusammenhangs zwischen dem Schutz der Bevölkerung und den Menschenrechten" zum Ausdruck gebracht werden.

Im Schreiben solle die Forderung nach Volksentscheiden erhoben werden. TEMPLIN äußerte, die "Friedenswerkstatt" (29.6.1986) zur Publizierung des Textes und zur Unterschriftensammlung nutzen zu wollen. (Im Verbindungskreis des TEMPLIN wird gegenwärtig vorwiegend ablehnend auf dieses Vorhaben reagiert; Versuche des TEMPLIN, die Forderung nach "Volksentscheiden" bereits im genannten Brief des PFLUGBEIL einzuarbeiten, waren ebenfalls abgewiesen worden.)

Maßnahmen zur weiteren Aufklärung des Vorhabens und zur Unterbindung öffentlichkeitswirksamer Aktivitäten sind eingeleitet.

BSTU 3
0029

- Versand von Ormigabzügen eines sogenannten Rundbriefes des "Ökologiekreises Berlin-Weißensee" mit dem Titel "Atomkraftwerke - eine Bedrohung?" an die Teilnehmer des Treffens von Vertretern kirchlicher Umweltgruppen in Wittenberg (18. - 20. 4. 1986) und an andere Kontaktadressen. Darin wird zur verstärkten Diskussion über die Fragen der Kernenergieerzeugung in der DDR und dem Zusammenhang von Kernenergie und Rüstung aufgefordert und dazu aufgerufen, über diese Thematik Eingaben zu verfassen und auf Wählerforen Diskussionen zu führen.

Maßnahmen zur Feststellung der Empfänger von "Rundbriefen" sowie zur Einziehung bekanntwerdender Exemplare sind eingeleitet.

Es wurde bekannt, daß in Sebnitz, Greifswald und Fürstenwalde je ein Teilnehmer des Treffens einen solchen Rundbrief erhalten haben. Durch mehrere Bezirksverwaltungen wurden genannte Rundbriefe konfisziert.

- Bisher nicht realisierte Festlegung des Arbeitskreises "Ärzte für den Frieden" Berlin, eine Eingabe an die Minister für Kohle und Energie und für Gesundheitswesen sowie an das Amt für Atomsicherheit und Strahlenschutz zu richten. Es solle dargestellt werden:

- Risiken der friedlichen Nutzung von Kernenergie, um damit die Notwendigkeit ihrer Existenz in Frage zu stellen,
- unzureichende Informationspolitik der Massenmedien in der DDR und damit verbundene Verunsicherung der Bevölkerung,
- unverantwortliche Maßnahmen der DDR, in dem Obst, Gemüse u. a. aus sozialistischen Ländern verbilligt im Handel angeboten worden sei, welches für den Export ins NSW bestimmt war.

Durch den operativ bekannten PFLUGBEIL (Mitglied des "Arbeitskreises") wurde zwischenzeitlich sein Brief vorgelegt, in der u. a. auch die Forderung erhoben wurde, daß die Vorsorgemaßnahmen in der DDR (Evakuierungspläne) veröffentlicht und der Geheimnisschutz zu Problemen des Strahlenschutzes und des Umweltschutzes in der DDR aufgehoben werden. Zu diesem Text wurde im Arbeitskreis bisher keine Übereinstimmung erzielt. Es wurde festgelegt, daß die Initiatoren des Arbeitskreises, Dr. SEIDEL und [REDACTED], einen neuen Entwurf vorlegen.

- Brief des "Friedenskreises" Berlin-Pankow an die sowjetische Botschaft in Berlin, über den der 2. Sekretär der Botschaft mit Vertretern des "Friedenskreises" ein Gespräch führte. Pfarrer MISSELWITZ schätzte dazu ein, daß dieses Gespräch für die Arbeit des "Friedenskreises" sehr wertvoll und nützlich gewesen sei. Es wäre sachlich und selbstkritisch verlaufen, in dem auch Fehler der Sowjetunion in ihrer Informationspolitik zugegeben worden wären. Insgesamt fühle sich der "Friedenskreis" durch dieses Gespräch in der Botschaft der UdSSR politisch aufgewertet und als "Dialogpartner anerkannt".

BSTU 4
0030

- Während einer Veranstaltung "Teestube" des "Friedenskreises" Berlin-Pankow am 9. 5. 1986 (30 Teilnehmer) auf der der operativ bekannte Wolfram TSCHICHE einen Vortrag zum Thema: "Menschenrecht-Naturrecht" hielt, eröffnete die operativ bekannte WOLLENBERGER die Diskussion mit der Äußerung "Das Recht auf Leben würde uns ja nun auch das erstmal richtig betreffen und nicht nur tangieren im Zusammenhang mit der Reaktorkatastrophe in Tschernobyl". Daraufhin wurden von den Anwesenden die verschiedenen möglichen Formen der Auswirkungen und der dadurch bestehenden "Bedrohungen" diskutiert, wie Verschmutzung der Luft, Wasser und Lebensmittel. Kritisiert wurde die Form der Information durch die UdSSR und die DDR.

- Eingabe des "Friedens- und Umweltkreises" der Pfarr- und Glaubensgemeinde Berlin-Lichtenberg vom 1. 5. 1986 an das Sekretariat des Ministerrats der DDR mit 19 Unterschriften (eine Kopie an die Botschaft der UdSSR in der DDR wurde von der Abteilung M konfisziert). In unsachlicher und anmaßender Weise wird darin die völlige Abschaltung aller Kernkraftwerke gefordert. Der Text der Eingabe wurde in einer Dokumentation der "TAZ" Westberlin am 17. 5. 1986 veröffentlicht. Darüber verständigte sich im nachhinein der operativ bekannte RATHENOW mit Lilo FUCHS/Westberlin. RATHENOW stellte u. a. die Behauptung auf, daß in der Hauptstadt kein Salat gegessen und keine Milch gekauft würde.

Maßnahmen zur weiteren Aufklärung des Sachverhalts sind eingeleitet.

- Am 26. 5. 1986 wurde bei einer Veranstaltung zum Thema "Morsche Meiler" in der Zionskirch-Gemeinde Berlin (ca. 35 Teilnehmer), an der auch die operativ bekannten PFLUGBEIL, NIEDLICH, JORDAN und RÖDDENKLAU teilnahmen, das Problem der Havarie von Tschernobyl sowie allgemeine Themen der Atomenergiegewinnung behandelt. Die beabsichtigte Vorstellung des Briefes von PFLUGBEIL an die KKL wurde unterlassen.

Über Aktivitäten in den Bezirken liegen folgende Hinweise vor:

- Die ESG Halle richtete am 10. 5. 1986 eine Eingabe an das Ministerium für Gesundheitswesen, mit der sie Auskunft und Hinweise über Vorsichts- und Schutzmaßnahmen bei erhöhter Radioaktivität erwirken wollen. Die ESG Merseburg richtete einen ähnlichen Brief an die Redaktion "Neues Deutschland".

BSTU 5
0031

- Schülerinnen und Schüler (7 Unterschriften) des Krankenhauses "Paul-Gerhard-Stift" Wittenberg richteten am 30.4.1986 eine Eingabe an den Ministerrat der DDR, in der sie eine genaue Aufklärung über den Hergang des Unfalles, die Auswirkungen auf die Zivilbevölkerung und über Meßwerte nach der Katastrophe sowie die Einstellung der Energieproduktion durch Kernkraftwerke, solange Sicherheitsrisiken bestehen, fordern. Die zuständigen Dienstseinheiten wurden zur Einleitung operativer Maßnahmen informiert.
- Eine Vertreterin des Arbeitskreises "Ökologie" der ESG Naumburg richtete Anfragen an die Bundestagsfraktion "Die Grünen" in der BRD, insbesondere zu Informationsmaterial über Möglichkeiten der sofortigen Abschaffung von Atomenergie. Der Brief wurde konfisziert.

Über Aktivitäten durch Personen aus dem Operationsgebiet wurde bekannt:

- Durch die Bundestagsabgeordnete KELLY und die Fraktion "Die Grünen" im Bundestag der BRD wurden umfangreiche kopierte Materialien (Stellungnahmen der "Grünen", wie z. B. 1 sogenannter "Appell an die Vernunft" und ein Appell der AL/Westberlin sowie Artikel aus der Westpresse) zur Havarie in Tschernobyl, insbesondere mit der hetzerischen Hysterie, an Exponenten der politischen Untergrundtätigkeit, Kontaktadressen von "Friedens- und Ökokreisen" u. a. Personen aus dem kulturellen Bereich in die DDR zum Versand gebracht.

Durch zielstrebige operative Maßnahmen wurde eine Reihe dieser Sendungen konfisziert, so z. B. an Bärbel BOHLEY, Reiner SCHULT, Ralf HIRSCH, Rainer EPELMANN, Wolfgang TEMPLIN, Lutz RATHENOW und Maja-Michaela WIENS.

- Am 24. 5. 1986 entwickelten drei dänische Bürger, begleitet von zwei Journalisten, hetzerische Aktivitäten in Rostock gegen das Kernkraftwerk in Greifswald. Nachdem bereits bei der Einreise 127 von ihnen mitgeführte Zettel konfisziert wurden, fertigten sie weitere 11 mit dem Text "Denken Sie an Tschernobyl! Was kommt nächst Greifswald?? Eine Gruppe aus Dänemark" und brachten diese an mehreren Stellen an.

Die Personen wurden nach Dänemark ausgewiesen.

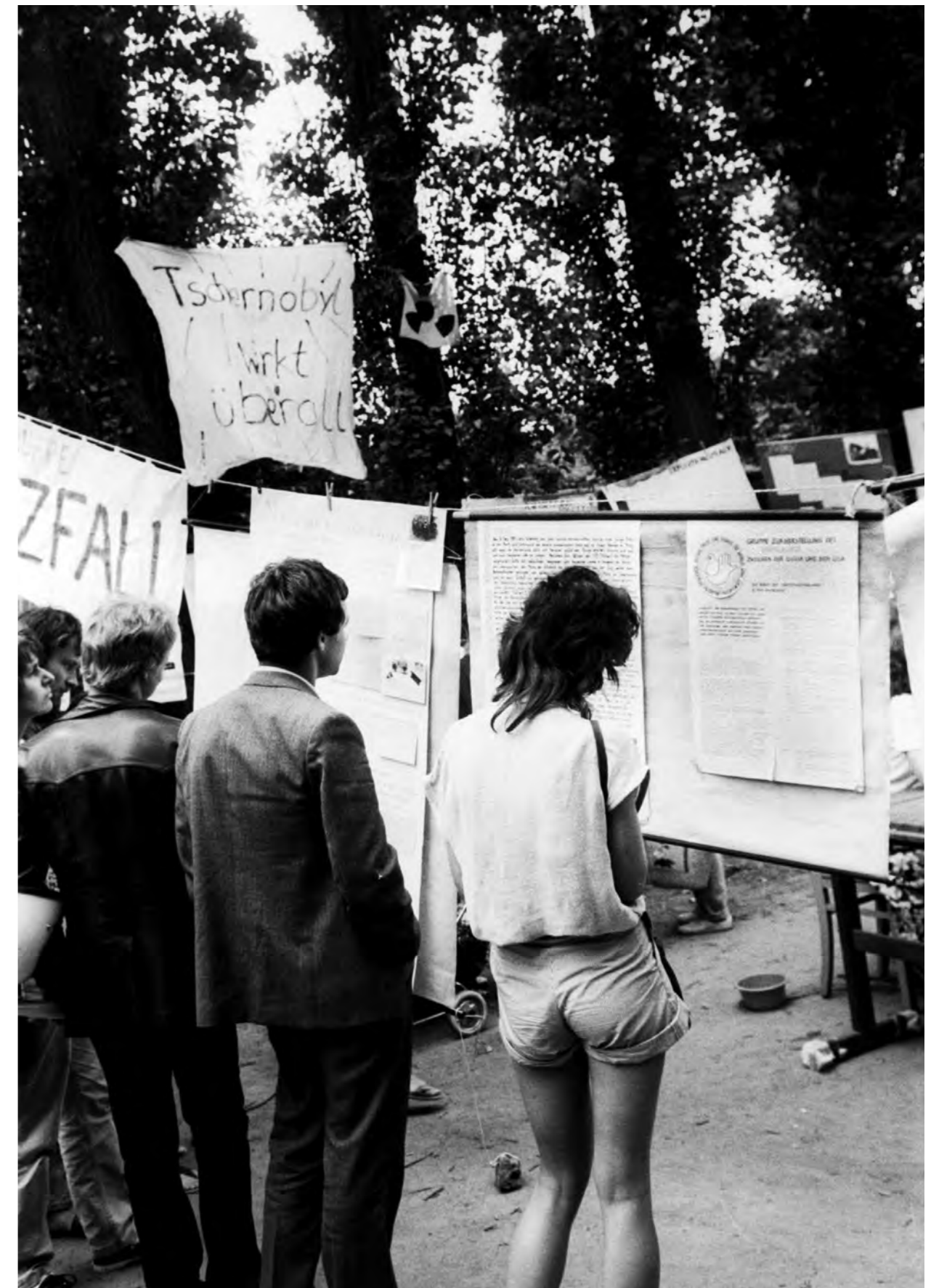


Abb. 5
Stand der „Initiative Frieden und Menschenrechte“
auf der Friedenswerkstatt in der Gemeinde der
Berliner Erlöserkirche, 29. Juni 1986
Foto: Robert-Havemann-Gesellschaft, Peter Rölle

VSEI 178186

MINISTERRAT
DER DEUTSCHEN DEMOKRATISCHEN REPUBLIK
Ministerium für Staatssicherheit
Stellvertreter des Ministers

Berlin, 13. Juni 1986
*26.3.87
16.3.88
11.2.89*

Vertrauliche Verschlussache
VVS-0008
MfS-Nr. 39/86
4. Ausf. Bl. 1 bis 6

Bezirksverwaltung
für Staatssicherheit
Stellvertreter Operativ

BSIU
000015

Provokativer Appell "Tschernobyl wirkt überall"

Dem MfS liegen zur Taktik feindlich-negativer Kräfte der politischen Untergrundtätigkeit in der DDR Hinweise vor, die Kernreaktorhavarie in Tschernobyl zum Anlaß zu nehmen, um erneut ihre provokativen Forderungen öffentlichkeitswirksam darzustellen, sich damit aufzuwerten, um aus ihrer derzeitigen defensiven Situation herauszukommen.

Sie unternehmen den Versuch, sich einer staatlicherseits auf Zusammenarbeit zwischen sogenannten kirchlichen Ökologiekreisen mit staatlichen Organen orientierten Tätigkeit bei der Erhaltung der Umwelt zu entziehen und dabei ihren Einfluß auf die in den verschiedenen evangelischen Kirchen in der DDR vorhandenen sogenannten Ökologiekreise (Basisgruppen) geltend zu machen.

Ihr erneuter politischer Mißbrauch wird deutlich, in dem anhand von wissenschaftlichen und pseudowissenschaftlichen Erkenntnissen versucht wird, die für die Menschheit "schädlichen Folgen bei der Kernenergieerzeugung" darzustellen und Veränderungen der gegenwärtigen Energie-, Wirtschafts- und Informationspolitik in der DDR fordern.

In diesem Zusammenhang versuchen sie, eine neue Eingabewelle zu initiieren und dabei auf Angriffe gegenüber diesen Bereichen orientieren.

VD-52-01.13 Ag 146 30 83 O

BSIU
000016

2

Die Verfasser des provokativen Appells

"Tschernobyl wirkt überall

'Appell aus der unabhängigen Friedens- und Ökologiebewegung und anderer betroffener Bürger an die Regierung und Bevölkerung der DDR' "

(Anlage 1)

nehmen das tragische Unglück zum Anlaß, um wie bereits bei dem als "Parteitagseingabe" deklarierten Pamphlet an den XI. Parteitag der SED einen Dialog mit führenden Gremien der Partei und zentralen Staatsorganen zu erzwingen und die politische Untergrundtätigkeit zu mobilisieren.

Bei dem Appell handelt es sich um eine in 7 Abschnitte untergliederte Ausarbeitung, welche sich in demagogischer und herausfordernder Weise überwiegend gegen die Entwicklung der Kernenergie, die sozialistische Wirtschaftspolitik, Verteidigungsmaßnahmen und Informationspolitik der sozialistischen Staaten richtet.

Zu diesem Appell wurde eine Unterschriftensammlung durchgeführt und dieser am 5. 6. 1986 mit 141 Unterschriften von Unterzeichnern aus mehreren Bezirken der DDR an den Vorsitzenden des Ministerrates der DDR sowie den ADN übergeben.

Die aus Ihrem Verantwortungsbereich bisher identifizierten Unterzeichner sind in der Anlage 2 aufgeführt.

Von den Organisatoren dieser Aktion ist die Sammlung weiterer Unterschriften sowie die Übergabe des Appells an staatliche Einrichtungen und kirchliche Publikationsorgane beabsichtigt.

Die Inspiratoren/Organisatoren dieses provokativen Appells planen die Verbringung dieses Papiers in das nichtsozialistische Ausland mit dem Ziel der Veröffentlichung.

Es sind folgende Aufgaben durchzuführen:

1. Einleitung politisch-operativer Maßnahmen zur Aufklärung und Kontrolle der als Unterzeichner des Appells bekanntgewordenen Personen.
Aufklärung von Plänen und Absichten der Organisatoren sowie der Unterzeichner zur Gewährleistung offensiver Maßnahmen bei der Unterbindung weiterer provokativer Aktivitäten und Unterschriftensammlung.

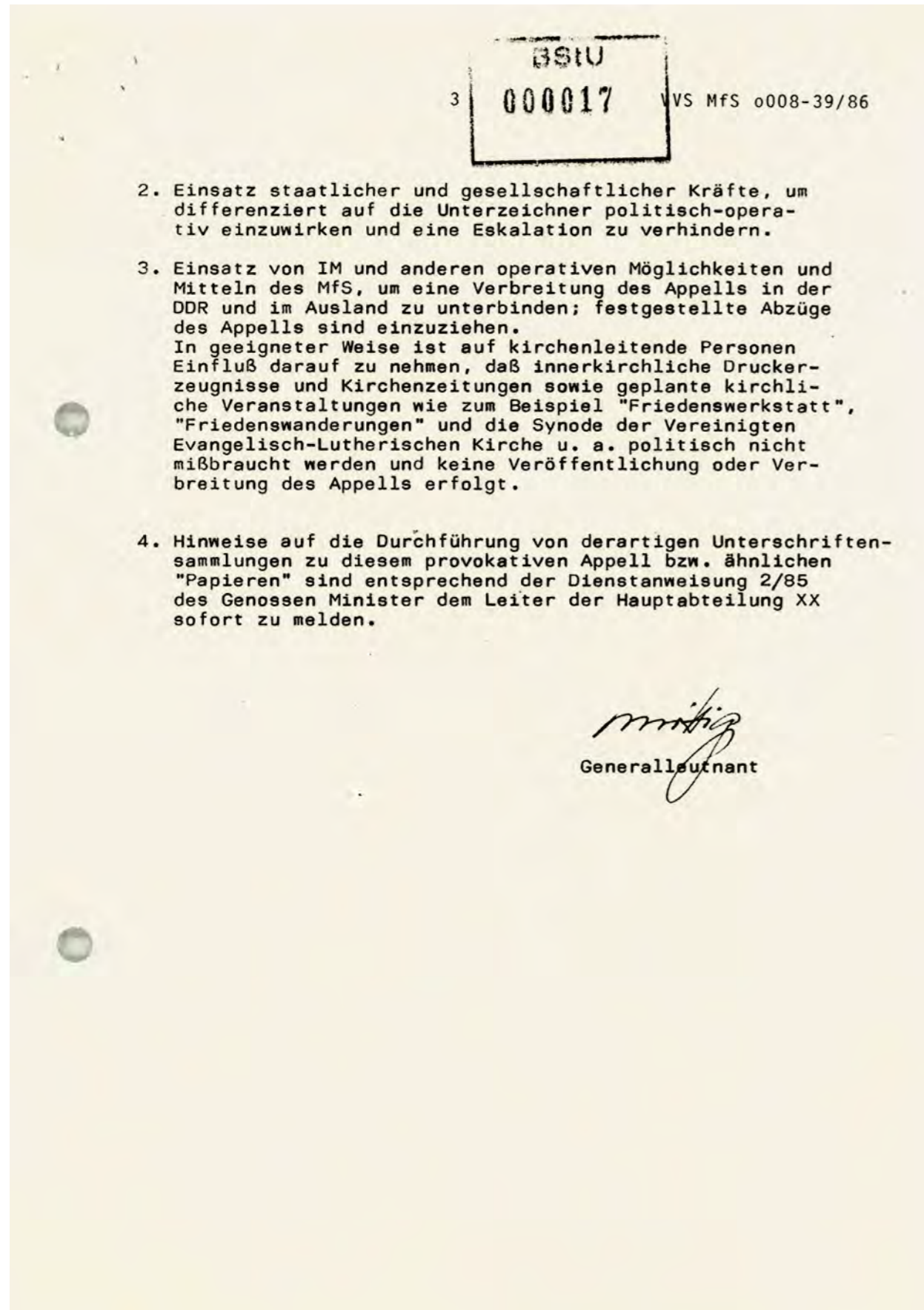


Abb. 6
Stand der „Initiative Frieden und Menschenrechte“
auf der Friedenswerkstatt in der Gemeinde der
Berliner Erlöserkirche, 29. Juni 1986
Foto: Robert-Havemann-Gesellschaft, Peter Rölle

Nachwirkungen von Tschernobyl

Die Stasi befürchtete, durch Tschernobyl könne eine ostdeutsche Anti-Kernkraftwerk-Bewegung entstehen. Deshalb ergingen an den folgenden Jahrestagen der Katastrophe zentrale MfS-Befehle zu „feindlichen Aktivitäten“. Auch im April 1988 befürchtete die Stasi Tschernobyl-Gedenkveranstaltungen oder öffentliche Protestaktionen von Kernkraftwerk-Gegnern. In ihrer Wahrnehmung waren das „feindlich-negative Kräfte“.

Ein Beispiel für regionales Engagement gegen Kernkraftwerke in der DDR ist Erika Drees. Im „Friedenskreis Stendal“ engagierte sie sich gemeinsam mit anderen gegen die Kernkraftwerk-Baustelle bei Stendal. Darum plante die Stasi gegen Erika Drees Beobachtungs-, Verfolgungs- und Zersetzungsmaßnahmen und legte für deren Durchführung einen Operativen Vorgang (OV) an. Zum zweiten Jahrestag von Tschernobyl organisierte der „Friedenskreis Stendal“ 1988 ein mehrtägiges Seminar zu den Risiken des im Bau befindlichen, nahegelegenen Kernkraftwerkes und der DDR-Energiepolitik.

Selbst wenn die Anti-Kernkraftwerk-Bewegung in der SED-Diktatur zunächst kein eigenständiges Gesicht entwickeln konnte, war sie doch fester Bestandteil der staatlich unabhängigen Umweltbewegung. Während der Friedlichen Revolution 1989/90 engagierten sich viele ihrer Anhänger früh für die Überwindung der SED-Diktatur und für die Stilllegung der ostdeutschen Kernkraftwerke.

303^{ENG}

EINGANG chiffriert **TELEGRAMM** offen **AUSGANG**
(Nichtzutreffendes streichen)

Dringlichkeit Dringend Fu/FS-Nr.: 738

Absender: MfS, Hauptabteilung XX, Leiter BSTU

Empfänger: alle BV für Staatssicherheit, Stellvertreter Operativ 0023

Berlin, den 21. 4. 19 88

Bestätigt: *[Signature]*
Generaloberst

- Geplante feindliche Aktivitäten zum 2. Jahrestag der Reaktorhavarie von Tschernobyl am 26. 4. 1986

Internen Hinweisen zufolge beabsichtigen feindlich-negative Kräfte in der DDR anlässlich des 2. Jahrestages der Reaktorhavarie von Tschernobyl sogenannte Gedenkveranstaltungen in kirchlichen Einrichtungen und andere öffentlichkeitswirksame und provokatorische Aktivitäten durchzuführen.

Sie haben unter Beachtung dieses Hinweises

- die politisch-operative Kontrolle feindlich-negativer Zusammenschlüsse und Personen zu verstärken;
- die erforderlichen vorbeugenden politisch-operativen Maßnahmen zur Verhinderung von Provokationen durchzuführen; öffentlichkeitswirksame Aktionen außerhalb kirchlicher Räume sind zu untersagen;
- beabsichtigte Einreisen von politisch-operativ bedeutsamen Personen aus dem NSW, die im Zusammenhang mit den in der DDR geplanten Aktivitäten stehen könnten, festzustellen und gegebenenfalls Einreisesperren einzuleiten sowie
- neue operative Erkenntnisse sofort zu melden.

[Signature]
Kienberg
Generalmajor

Durchschläge/Durchschriften: Stck. Geschrieben: Gesehen:

Eingangsdatum: Uhrzeit: Anfang: Ende: Nachr.-Sachbearb.:

FA 4039

*117
103*

Jan. Bremer & Ullrich
Ho. Abschrift

Erika Drees und Ingrid Fröhlich
Stendal, 19.1.1988

BSTU
000128


An den Rat des Kreises
Stendal
z.Hd. des Vorsitzenden
Herrn Rolf Schultze

A n t r a g

Hiermit beantragen wir die Erlaubnis zu einer Kundgebung mit Umzug gemäß Art. 28 der Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik. Am Dienstag, 26. April 1988, dem zweiten Jahrestag des Unglücks im Kernkraftwerk Tschernobyl möchten wir in Stendal mit selbstgefertigten Transparenten zum Thema "Kernkraft" vom Bahnhof über das Tangermünder Tor, durch die Breite Straße zum Markt und weiter ins Stadtseegebiet bis zum Stadtseebahnhof gehen und dort die im KKW beschäftigten Werktätigen ansprechen. In vielen Eingaben wurde bisher der Wunsch nach Ausstieg aus der Kernenergie formuliert. Wir möchten diesen Wunsch jetzt öffentlich zum Ausdruck bringen angesichts der mit der Kernkraft uns allen drohenden Gefahren. Wegen der nötigen Vorbereitungen bitten wir um fristgemäße Beantwortung dieses Antrages.

gez. Erika Drees
gez. Ingrid Fröhlich

F.d.R.d.A.:
05.02.88 *th*

 **VOLKSPOLIZEI-KREISAMT**
Stendal
Der Leiter

BSTU
000018

VPKA · 3500 Stendal · Dr.-Kurt-Fischer-Straße 19

Frau
Erika Drees
[Redacted]

Stendal 1
3 5 0 0

Ihre Zeichen	Ihre Nachricht vom	Hausapparat	Unsere Zeichen Ja/Schu	Datum 02.03.1988
--------------	--------------------	-------------	---------------------------	---------------------

Betreff:
Werte Frau Drees!

Durch den Vorsitzenden des Rates des Kreises Stendal haben wir Ihren Antrag erhalten.

Auf der Grundlage der Verordnung über die Durchführung von Veranstaltungen vom 30. Juni 1980 (GBL I, Nr. 24, S. 235) § 2(1) u. (2), § 3(1) und § 4(1) und (2) sowie § 7(1) reicht Ihr Antrag inhaltsmäßig nicht aus. Deshalb macht sich eine persönliche Rücksprache im VPKA Stendal, Dr.-Kurt-Fischer-Str. 19, Erlaubniswesen, Zimmer 106, notwendig.
Sprechtage: dienstags von 09.00 - 12.00 und 13.00 - 17.00 Uhr.

*- auf Vordruck § 2(2)
- ist klausurpflichtig*

Hochachtungsvoll
[Signature]
Konieczny
Oberstleutnant der VP

Kreisdienststelle Stendal

Stendal, 24. 4. 88

abgegeben: IMB "H. Lehmann"
 angenommen: Hptm. Brämer

BSU
 000188

Bericht

zur Veranstaltung vom 23. 4. zum 24. 4. 88 anlässlich des
 2. Jahrestages Tschernobyl Dom Stendal

Es waren ca. 120 Personen anwesend. Unter ihnen waren die mir bekannten Personen Fam. [REDACTED], Ingrid Fröhlich, Malte Groddeck. Dazu kamen ca. 30 Personen, die zur Veranstaltung angereist waren. Die Personen haben sich untereinander nur mit dem Vornamen angeredet.

Der erste Teil war die Buchlesung durch den [REDACTED]. Ein Schauspieler vom Theater aus Stendal hat dazu die entsprechenden Zitate aus dem Buch "Störfall" von Christa Wolf vorgelesen. Der Name des Schauspielers ist mir nicht bekannt. Die Buchlesung dauerte etwa eine Stunde. Daran schloß sich die Diskussion an, die ebenfalls etwa eine Stunde dauerte. Die Diskussion wurde von einem Pfarrer aus Magdeburg geleitet. Durch diesen Pfarrer wurden gezielte Fragen hinsichtlich von Möglichkeiten zur Verhinderung des Weiterbaus des KKW Stendal gestellt. Entsprechende Beiträge erfolgten dazu aber durch die Teilnehmer nicht. Zur Diskussion sprachen Hedwig und Erika Drees, Ingrid Fröhlich, ein [REDACTED], eine Frau aus Weimar, eine männliche Person aus Leipzig und Gardelegen, welcher aus Kalbe stammt und jetzt im Kr Gardelegen wohnhaft ist. Nach meiner Ansicht haben die Gäste mehr gesprochen als die Stendaler.

Nach einer Pause um 22.00 Uhr erfolgte die weitere Leitung durch den Pfarrer [REDACTED] aus Erfurt. Die anwesenden Pfarrer aus dem Kr Stendal sprachen sich dafür aus, daß alle Handlungen im Rahmen der Gesetzlichkeit bleiben müssen. Dabei ging es auch um die Wahlen, daß man zur Wahl gehen sollte, aber die Wahlversammlungen zur Befragung der entsprechenden Kandidaten nutzen sollte. Im weiteren Verlauf wurde dann über die Nutzung von alternativen Energiequellen diskutiert. Im Anschluß daran hat gegen 23.30 Uhr die Erika Drees die Leitung der Veranstaltung übernommen. Dazu begaben sich alle Personen in den Dom.

Die Veranstaltung verlief meiner Meinung nach nicht hektisch, sondern sehr ruhig. Hinweise auf Aktivitäten und Demonstrationen wurden nicht bekannt. Dazu gab es von den Teilnehmern keinerlei Andeutungen oder Äußerungen. Erika Drees selbst äußerte dazu, daß sie nur beten, wachen und meditieren wollen und für den 24. 4. 88 nur der Gottesdienst in der Marienkirche geplant ist.

Es lag eine Liste aus zum Aufruf über eine Volksabstimmung zur Kernenergie. Dazu wurde ausgesagt, daß schon ca. 2000 Unterschriften gesammelt worden seien. Von den Teilnehmern der Veranstaltungen

BSU
 000189

2

wurden 49 Unterschriften geleistet. Diese Liste war von einer Person aus Schleusingen ausgelegt worden.

An Material lagen Bücher über Tschernobyl - besonders aus der BRD - aus. Es waren auch Plakate vorhanden, die aber bereits von den Wänden gefallen waren und deshalb nicht gelesen werden konnten.

[REDACTED] nahm an dieser Veranstaltung nicht teil. Gegen 00.30 Uhr habe ich dann die Veranstaltung mit anderen Personen aus Stendal verlassen. Zu diesem Zeitpunkt befanden sich noch ca. 30 Personen im Dom, darunter der Kern des "Friedenskreises". Der andere Teil setzte sich aus den angereisten Teilnehmern zusammen.

Ich verließ die Veranstaltung zur Vermeidung einer Dekonspiration, da eine weitere Teilnahme als nicht gerechtfertigt erschien.

gez. "H. Lehmann"

Anhang

Abkürzungsverzeichnis

A	
Abt.	Abteilung → HA
Abteilung M	Abteilung für Postkontrolle
Abteilung XII	Kartei- und Archivabteilung, die für die Speicherung und Verwaltung von personen-, objekt- und vorgangsbezogenen Informationen zuständig war.
ADN	Allgemeiner Deutscher Nachrichtendienst
AdW	Akademie der Wissenschaften
AIM	Archivierter IM-Vorgang oder archivierte IM-Akte Archiviertes Aktenmaterial über einen inoffiziellen Mitarbeiter oder über Personen, die für eine inoffizielle Mitarbeit geworben werden sollten.
AKG	Auswertungs- und Kontrollgruppe
AL	Alternative Liste
AOG	Im MfS archivierte Akte der Operativgruppe bzw. des Arbeitsgebiets I der Kriminalpolizei
APO	Abteilungsparteiorganisation der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands
B	
BArch	Bundesarchiv
BCD	Abteilung Bewaffnung und Chemischer Dienst
BdL	Büro der Leitung – Diensteinheit des MfS, die den Innendienst organisierte
BDVP	Bezirksbehörde der Deutschen Volkspolizei
Bf.	Bahnhof
Bq / L	Becquerel pro Liter, SI-Einheit für Radioaktivität
BRD	Bundesrepublik Deutschland
BStU	Der Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik
BV	Bezirksverwaltung → HA
C	
ČSSR	Tschechoslowakische Sozialistische Republik
D	
DDR	Deutsche Demokratische Republik
E	
ESG	Evangelische Studentengemeinde
F	
F.d.R.d.A.	Für die Richtigkeit der Angaben
FFG	Fahndungsführungsgruppe
FS-Nr.	Fernschreiben-Nummer

G	
GAU	Größter anzunehmender Unfall in einem Kernkraftwerk
GBL	Gesetzblatt
Gen.	Genosse
GSSD	Gruppe der Sowjetischen Streitkräfte in Deutschland
H	
HA	Hauptabteilung Organisationsstruktur in der MfS-Zentrale, die durch den Minister oder einen seiner Stellvertreter direkt angeleitet wurde. Die Hauptabteilungen waren für komplexe, abgegrenzte Bereiche operativ zuständig und federführend verantwortlich. Die entsprechenden Abteilungen auf Ebene der Bezirksverwaltungen (BV) und die Referate in den Kreisdienststellen (KD) des MfS hatten nach dem Linienprinzip grundsätzlich gleiche Aufgaben wie die Hauptabteilungen in der Zentrale.
HA VI	Hauptabteilung für Passkontrolle, Tourismus und Interhotel
HA VII	Die Hauptabteilung VII war für das Ministerium des Inneren (Mdi) und die ihm nachgeordneten Bereiche zuständig. Dazu gehörten die Schutz-, Verkehrs- und Bereitschaftspolizei, die Kampfgruppen, der Betriebsschutz, der Strafvollzug, das Pass- und Meldewesen, die Feuerwehr, das Deutsche Rote Kreuz, das Zentrale Aufnahmeheim in Röntgental, das Archivwesen, Geodäsie und Kartographie sowie die Politische Verwaltung des Mdi.
HA XVIII	Die Kernaufgaben der Hauptabteilung Volkswirtschaft bestanden in der Sabotageabwehr, im Schutz des Volkseigentums und in der Überwachung der Betriebe. Es zählten auch die systematische Überprüfung von Leitungskadern und der Aufbau des Informantennetzes und von Operativgruppen zum Aufgabenbereich.
HA XIX	Zu den Aufgaben der Hauptabteilung XIX gehörte die Sicherung des Post- und Nachrichtenwesens, des Ministeriums für Verkehrswesen sowie der Deutschen Reichsbahn, Transportpolizei, Schiff- und Luftfahrt und des Kraftverkehrs.
HA XX	Den Kernbereich der Hauptabteilung XX (Staatsapparat, Kultur, Kirchen und Untergrund) bildete die Aufdeckung, Verhinderung und Bekämpfung der „politischen Untergrundtätigkeit“ sowie der „politisch-ideologischen Diversion“.
Hptm.	Hauptmann

I	
IAEA	Internationale Atomenergiebehörde, im Englischen International Atomic Energy Agency
IM	Inoffizieller Mitarbeiter Person, „die für die Lösung der Aufgaben des MfS zur geheimen Zusammenarbeit verpflichtet“ wurde. Inoffizielle Mitarbeiter waren das wichtigste Instrument des MfS, um Informationen über Bürger, die Gesellschaft, Institutionen und Organisationen in der DDR oder im Ausland zu gewinnen. Sie lieferten u. a. schriftliche oder mündliche Berichte über Stimmungen und Meinungen in der Bevölkerung ab. Das MfS differenzierte inoffizielle Mitarbeiter je nach Einsatzschwerpunkt in verschiedene Kategorien.
IMB	Inoffizieller Mitarbeiter der Abwehr mit Feindverbindung bzw. zur unmittelbaren Bearbeitung im Verdacht der Feindtätigkeit stehender Person
IMO	Industriemontagen (VEB IMO Merseburg)
IMS	Inoffizieller Mitarbeiter zur Sicherung und Durchdringung eines Verantwortungsbereichs
INIS	Internationale Datenbank für Publikationen zur friedlichen Nutzung der Kernenergie, im Englischen International Nuclear Information System
K	
K	Kriminalpolizei
KD	Kreisdienststelle → HA
KfS	Komitee für Staatssicherheit der ehemaligen Sowjetunion, im Russischen KGB
KKL	Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der Deutschen Demokratischen Republik
KKW	Kernkraftwerk
KOM	Kraftomnibus
KuSch	Hauptabteilung Kader und Schulung
L	
LKW	Lastkraftwagen
LPG	Landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaft
M	
MfS	Ministerium für Staatssicherheit
MR	Ministerrat
MW	Megawatt
MWth	Megawatt thermisch
N	
N	Abteilung Nachrichten
NATO	Nordatlantisches Militärbündnis, im Englischen North Atlantic Treaty Organization
NSW	Nichtsozialistisches Wirtschaftsgebiet

O	
OG	Die Operativgruppe war eine Dienststelle des MfS in den sozialistischen Ländern. Sie war an den jeweiligen Landesgeheimdienst angebunden und kooperierte mit diesem.
Oltn.	Oberleutnant
P	
PdVP	Präsidium der Volkspolizei
PKW	Personenkraftwagen
POS	Polytechnische Oberschule
PS	Hauptabteilung Personenschutz
R	
Raw	Reichsbahnausbesserungswerk
RBMK	Sowjetischer graphit-moderierter Reaktortyp
S	
SAAS	Staatliches Amt für Atomsicherheit und Strahlenschutz
SDI	Weltraum-Raketenprogramm der USA, im Englischen Strategic Defense Initiative
SED	Sozialistische Einheitspartei Deutschlands
SI-Einheit	Internationales Einheitensystem für physikalische Größen, im Französischen Système international d'unités
SO ²	Schwefeldioxid
StGB	Strafgesetzbuch
SU	Sowjetunion
T	
TASS	Staatliche Nachrichtenagentur der Sowjetunion
TAZ	Die Tageszeitung
Tgb.-Nr.	Tagebuchnummer
TPA	Transportpolizeiamt
U	
UdSSR	Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken
USA	Vereinigte Staaten von Amerika, im Englischen United States of America
V	
VD	Vertrauliche Dienstsache
VEB	Volkseigener Betrieb
VP	Volkspolizei
VPKA	Volkspolizeikreisamt
VR	Volksrepublik
VRD	Verwaltung Rückwärtige Dienste
VVS	Vertrauliche Verschlusssache

W	
WWER	Sowjetischer wasser-moderierter Reaktortyp
Z	
ZAGG	Zentrale Arbeitsgruppe Geheimnisschutz Die Aufgaben der ZAGG umfassten die politisch-operative Sicherung ausgewählter Staats- und Dienstgeheimnisse sowie von Geheimnisträgern und die Einflussnahme auf Organe und Einrichtungen zur Gewährleistung des Geheimnisschutzes.
ZAIG	Zentrale Auswertungs- und Informationsgruppe Die Dienst Einheit unterstand direkt dem Minister für Staatssicherheit. Aufgabe der ZAIG war das Analysieren, Auswerten und Aufbereiten der durch das MfS beschafften Informationen zu Berichten an den Minister für Staatssicherheit und an die Partei- und Staatsführung sowie die Anleitung, Qualifizierung und Kontrolle der Informationstätigkeit im MfS.
ZKG	Zentrale Koordinierungsgruppe Die ZKG hatte die Aufgabe, das Vorgehen des MfS im Zusammenhang mit Übersiedlungen (u. a. Verhinderung von Ausreiseträgen) in die BRD, nach West-Berlin bzw. das nichtsozialistische Ausland zentral zu koordinieren.
ZOS	Zentraler Operativstab



Fotos: BArch, Stasi-Unterlagen-Archiv/Dresden

Stasi-Unterlagen-Archiv

Akteneinsicht – Bestandserhaltung – Aufklärung über das Wirken der Stasi

Trotz Aktenvernichtungen durch die Staatssicherheit sind insgesamt rund 111 Regal-Kilometer Schriftgut sowie zahlreiche Foto-, Film-, Video- und Tondokumente im Bundesarchiv – Stasi-Unterlagen-Archiv erhalten geblieben. Es sind Zeugnisse eines Spitzelapparates, Dokumente über geplantes und begangenes Unrecht, über Anpassung und Verrat, aber auch Belege für Zivilcourage und Widerstand.

Das Stasi-Unterlagen-Archiv hat 15 Standorte, davon befinden sich zwei in Berlin. Weitere Standorte befinden sich in zwölf ehemaligen Bezirksstädten der DDR: Chemnitz (ehem. Karl-Marx-Stadt), Dresden, Erfurt, Frankfurt (Oder), Gera, Halle, Leipzig, Magdeburg, Neubrandenburg, Rostock, Schwerin und Suhl. In der ehemaligen Bezirksstadt Cottbus gibt es eine Beratungsstelle; hier ist ein Standort mit der Möglichkeit zur Akteneinsicht und mit Bildungsangeboten geplant.

Unabhängig vom Wohnort können Bürgerinnen und Bürger in allen Dienststellen Akteneinsicht beantragen und die eigenen Unterlagen einsehen. Zudem können Besucherinnen und Besucher bei Archivführungen, Veranstaltungen und Ausstellungen mehr über die Arbeit des Archivs und die Methoden und Wirkungsweise der Stasi erfahren.

Ausführliche Informationen finden Sie im Internet unter www.bundesarchiv.de/stasi-unterlagen-archiv und www.stasi-mediathek.de.

Kontaktdaten Berlin**Stasi-Unterlagen-Archiv**

Frankfurter Allee 204
10365 Berlin-Lichtenberg
Postanschrift: 10106 Berlin
Tel.: 030 18665-0
post.stasiunterlagenarchiv@bundesarchiv.de

Bürgerberatung

Persönliche Beratung zu Antragstellung und Einsicht
in die Stasi-Unterlagen:
Mo-Do 08:00-12:00 Uhr und 13:00-16:00 Uhr
Fr 08:00-14:00 Uhr

Telefonische Beratung und Terminvereinbarung:
Mo-Do 08:00-16:00 Uhr
Fr 08:00-14:00 Uhr
Tel.: 030 18665-7000

Weitere Informationen unter:
www.bundesarchiv.de/im-archiv-recherchieren/
stasi-unterlagen-einsehen

**Anfragen zur Akteneinsicht für Forschung
und Medien**

Tel.: 030 18665-9051/-9061
AU5@bundesarchiv.de
AU6@bundesarchiv.de

Abteilung Vermittlung und Forschung

Tel.: 030 18665-6701
VF@bundesarchiv.de

Fachbibliothek

Bitte entnehmen Sie die Öffnungszeiten dem Online-
Auftritt der Bibliothek:
www.bundesarchiv.de/stasi-unterlagen-archiv/
bibliothek
Tel.: 030 18665-6826
bibliothek.stasiunterlagenarchiv@bundesarchiv.de

Ausstellungen und Dokumentationen

Tel.: 030 18665-6731
ausstellungen.stasiunterlagenarchiv@bundesarchiv.de

Presseanfragen

Tel.: 030 18665-7181
presse@bundesarchiv.de

Stasi-Zentrale. Campus für Demokratie

Ruschestraße 103
10365 Berlin

Die Öffnungszeiten der Ausstellungen und der
Besucherinformation finden Sie online unter:
www.stasi-zentrale.de

Ausstellung zum Stasi-Unterlagen-Archiv

„Einblick ins Geheime“
Normannenstraße 21a, „Haus 7“
Tel.: 030 18665-6770
einblick-ins-geheime@bundesarchiv.de
www.einblick-ins-geheime.de

Stasimuseum Berlin

Ausstellung „Staatssicherheit in der SED-Diktatur“
Normannenstraße 20, „Haus 1“
Tel.: 030 5536854
info@stasimuseum.de
www.stasimuseum.de

Besucherinformation

„Stasi-Zentrale. Campus für Demokratie“
Ruschestraße 103, „Haus 22“
Tel.: 030 18665-6770

Open-Air-Ausstellung „Revolution und Mauerfall“

täglich rund um die Uhr zugänglich
Weitere Informationen unter: www.revolution89.de

Bildungsteam

Normannenstraße 20, „Haus 1“
Tel.: 030 18665-6757
bildung.stasiunterlagenarchiv@bundesarchiv.de
www.bundesarchiv.de/stasi-unterlagen-archiv/
bildungsarbeit

Campusentwicklung und Veranstaltungen

Tel.: 030 18665-6770
campus.stasiunterlagenarchiv@bundesarchiv.de

Kontaktdaten Brandenburg**Standort Frankfurt (Oder)**

Fürstenwalder Poststraße 87
15234 Frankfurt
Tel.: 030 18665-2400
frankfurt.stasiunterlagenarchiv@bundesarchiv.de

Standort Cottbus (im Aufbau)

Bautzener Straße 140
03050 Cottbus
Tel.: 030 18665-2400
cottbus.stasiunterlagenarchiv@bundesarchiv.de

Kontaktdaten Mecklenburg-Vorpommern**Standort Neubrandenburg**

Neustrelitzer Straße 120
17033 Neubrandenburg
Tel.: 030 18665-1600
neubrandenburg.stasiunterlagenarchiv@
bundesarchiv.de

Standort Rostock

Straße der Demokratie 2
18196 Waldeck-Dummerstorf
Tel.: 030 18665-1200
rostock.stasiunterlagenarchiv@bundesarchiv.de

Standort Schwerin

Görslow, Resthof
19067 Leezen
Tel.: 030 18665-1400
schwerin.stasiunterlagenarchiv@bundesarchiv.de

Kontaktdaten Sachsen-Anhalt**Standort Halle**

Blücherstraße 2
06122 Halle
Tel.: 030 18665-2711
halle.stasiunterlagenarchiv@bundesarchiv.de

Standort Magdeburg

Georg-Kaiser-Straße 7
39116 Magdeburg
Tel.: 030 18665-2200
magdeburg.stasiunterlagenarchiv@bundesarchiv.de

Kontaktdaten Sachsen**Standort Chemnitz**

Bruno-Salzer-Straße 5
09120 Chemnitz
Tel.: 030 18665-3700
chemnitz.stasiunterlagenarchiv@bundesarchiv.de

Standort Dresden

Riesaer Straße 7
01129 Dresden
Tel.: 030 18665-3699
dresden.stasiunterlagenarchiv@bundesarchiv.de

Standort Leipzig

Dittrichring 24
04109 Leipzig
Tel.: 030 18665-3333
leipzig.stasiunterlagenarchiv@bundesarchiv.de

Kontaktdaten Thüringen**Standort Erfurt**

Petersberg Haus 19
99084 Erfurt
Tel.: 030 18665-4700
erfurt.stasiunterlagenarchiv@bundesarchiv.de

Standort Gera

Hermann-Drechsler-Straße 1
Haus 3
07548 Gera
Tel.: 030 18665-4222
gera.stasiunterlagenarchiv@bundesarchiv.de

Standort Suhl

Weidbergstraße 34
98527 Suhl
Tel.: 030 18665-4511
suhl.stasiunterlagenarchiv@bundesarchiv.de

Dokumentenhefte

Einblicke in das Stasi-Unterlagen-Archiv

Bisher erschienen:

Aktion „Gegenschlag“

Die Zerschlagung der Jenaer Opposition 1983

88 S., Berlin 2013

Die Stasi in Stuttgart

Ausgewählte Dokumente aus dem Stasi-Archiv

80 S., Berlin 2013

Udo rockt für den Weltfrieden

Das Konzert von 1983 in den Stasi-Unterlagen

112 S., Berlin 2013

„Eingeschränkte Freiheit“

Der Fall Gabriele Stötzer

80 S., Berlin 2014

Operativer Vorgang „Inspirator“

Der Weimarer Montagskreis

110 S., Berlin 2014

Kommunalwahlfälschung am

7. Mai 1989

in den ehemaligen DDR-Bezirken Rostock, Schwerin, Neubrandenburg

78 S., Berlin 2014

Kommunalwahlfälschung am

7. Mai 1989

in den ehemaligen DDR-Bezirken Leipzig, Dresden, Karl-Marx-Stadt (Chemnitz)

82 S., Berlin 2014

Gefängnis statt Rolling Stones

Ein Gerücht, die Stasi und die Folgen

132 S., Berlin 2014

„Überall kocht und brodeln es ...“

Stasi am Ende – die ersten Tage der Friedlichen Revolution in Sachsen

106 S., Berlin 2014

Niedersachsen und die Stasi

Die Überwachung im „Operationsgebiet West“

92 S., Berlin 2014

„Keine Gewalt!“

Stasi am Ende – die Demonstrationen im Herbst '89

132 S., Berlin 2014

„Stasi raus – es ist aus!“

Stasi am Ende – die letzten Tage der DDR-Geheimpolizei

160 S., Berlin 2015

Hessen und die Stasi

Die Überwachung im „Operationsgebiet West“

58 S., Berlin 2015

Tschernobyl

Der Super-GAU und die Stasi

82 S., Berlin 2016

„Staatsbürgerliche Pflichten grob verletzt“

Der Rauswurf des Liedermachers Wolf Biermann 1976 aus der DDR

112 S., Berlin 2016

„... anarcho-terroristische Kräfte“

Die Rote-Armee-Fraktion und die Stasi

111 S., Berlin 2017

Rheinland-Pfalz und die Stasi

Spionage, Überwachung, Verschleierung

77 S., Berlin 2017

„Blick in einen Zerrspiegel“

Der Fall Gilbert Radulovic in den Stasi-Unterlagen

128 S., Berlin 2018

Das geteilte Berlin und die Stasi

Spionage, Opposition und Alltag

119 S., Berlin 2018

... und dafür gab es Gefängnis ...

Ein Fall aus dem Stasi-Unterlagen-Archiv Chemnitz

103 S., Berlin 2024

Die Stasi und das Saarland

66 S., Berlin 2025

Herausgeber
Bundesarchiv
– Stasi-Unterlagen-Archiv –
Frankfurter Allee 204
10365 Berlin
www.bundesarchiv.de/stasi-unterlagen-archiv

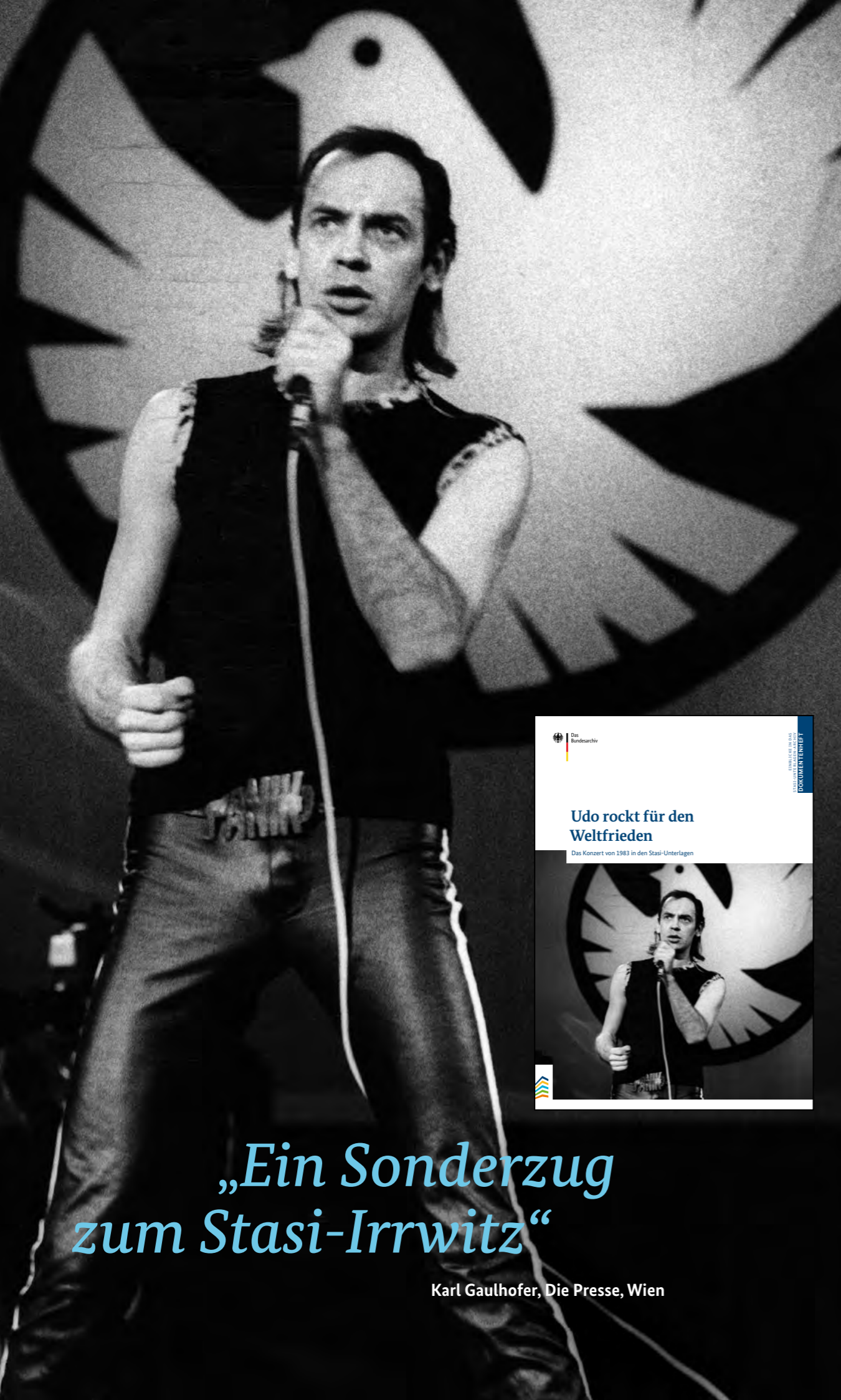
Die Dokumentenhefte sind kostenlos beim Stasi-Unterlagen-Archiv erhältlich.

Bei Bestellung von mehr als einer Publikation erheben wir eine pauschale Auslage in Höhe von 1,60 € für Verpackung und Beförderung.

Bestellung
www.bundesarchiv.de/stasi-unterlagen-archiv/publikationen

Tel.: 030 18665-7777
(nur Auskünfte, keine Bestellungen)
Fax: 030 18665-6709
publikation.stasiunterlagenarchiv@bundesarchiv.de

per Post: Bundesarchiv –
Stasi-Unterlagen-Archiv
– Publikationen –
10106 Berlin



„Ein Sonderzug
zum Stasi-Irrwitz“

Karl Gaulhofer, Die Presse, Wien

Udo Lindenberg während des Konzerts 1983 im Palast der Republik
BArch, MfS, ZOS, Nr. 1826, Bl. 62, Fo. 10

Quellennachweis

Bundesarchiv

– Stasi-Unterlagen-Archiv –

- S. 9–10 (BArch, MfS, HA VII, Nr. 1333, Bl. 169–170)
 S. 11–15 (BArch, MfS, HA VII, Nr. 1333, Bl. 284–288)
 S. 16–17 (BArch, MfS, HA VII, Nr. 1333, Bl. 274–275)
 S. 18 (BArch, MfS, HA VII, Nr. 1333, Bl. 290)
 S. 19 (BArch, MfS, HA VII, Nr. 1333, Bl. 231)
 S. 21–25 (BArch, MfS, AIM 16005/89, T. II, Bd. 1, Bl. 260, 262–265)
 S. 27–29 (BArch, MfS, HA VII, Nr. 1333, Bl. 242–244)
 S. 31–35 (BArch, MfS, BCD, Nr. 587, Bl. 60–64)
 S. 36–37 (BArch, MfS, BV Berlin, KD Köpenick, Nr. 9554, Bl. 8–9)
 S. 38–39 (BArch, MfS, HA XVIII, Nr. 26359, Bl. 8–9)
 S. 41–45 (BArch, MfS, ZAIG, Nr. 4208, Bl. 2–6)
 S. 46 (BArch, MfS, HA VII, Nr. 1333, Bl. 256)
 S. 47–48 (BArch, MfS, BV Suhl, Abt. VII, Nr. 6687, Bd. 7, Bl. 1–2)
 S. 49–50 (BArch, MfS, BV Halle, KD Magdeburg, Nr. 146, Bl. 29–30)
 S. 51 (BArch, MfS, BV Rostock, AIM 395/93, T. II, Bd. 4, Bl. 454)
 S. 53 (BArch, MfS, HA VII, Nr. 5804, Bl. 30, 105)
 S. 54–58 (BArch, MfS, HA XX/AKG, Nr. 6861, Bl. 27–31)
 S. 60–62 (BArch, MfS, Sekr. Neiber, Nr. 333, Bl. 15–17)
 S. 65 (BArch, MfS, ZKG, Nr. 19228, Bl. 23)
 S. 66 (BArch, MfS, BV Magdeburg, KD Stendal, Nr. 735, Bd. 10, Bl. 128)
 S. 67–69 (BArch, MfS, BV Magdeburg, KD Stendal, Nr. 735, Bd. 11, Bl. 18, 188–189)

Bildnachweis

picture-alliance / dpa

- S. 20: Luftaufnahme des zerstörten Reaktorblocks 4 des Kernkraftwerks Tschernobyl 1986, Bild-Nr. 2680650

Impressum

Herausgeber

Bundesarchiv
 – Stasi-Unterlagen-Archiv –
 Frankfurter Allee 204
 10365 Berlin

Postanschrift: 10106 Berlin
 Telefon: 030 18665-0
 post.stasiunterlagenarchiv@bundesarchiv.de

Gestaltung

Pralle Sonne
 Berlin

Redaktion

Bundesarchiv
 – Stasi-Unterlagen-Archiv –
 Abteilung Vermittlung und Forschung
 10106 Berlin
 www.bundesarchiv.de/stasi-unterlagen-archiv

Wissenschaftliche Beratung

Sebastian Stude

Titelfoto

Luftaufnahme des zerstörten Reaktorblocks 4 des Kernkraftwerks Tschernobyl 1986
 Foto: picture-alliance / ASSOCIATED PRESS, Bild-Nr. 65574264

Stasi-Mediathek

Zahlreiche Dokumente aus dem Stasi-Unterlagen-Archiv finden Sie online unter www.stasi-mediathek.de.



Bei der Veröffentlichung von Akten des Staatssicherheitsdienstes dürfen nach § 3 Absatz 3 Stasi-Unterlagen-Gesetz keine überwiegenden schutzwürdigen Interessen betroffener Personen beeinträchtigt werden. Aus diesem Grund wurden in diesem Dokumentenheft in Einzelfällen Namen, persönliche Angaben oder Textabschnitte geschwärzt.

Dieses Dokumentenheft ist Teil der Öffentlichkeitsarbeit des Bundesarchivs – Stasi-Unterlagen-Archivs. Es wird kostenlos abgegeben und ist nicht für den Verkauf bestimmt. Weitere Informationen unter www.bundesarchiv.de/stasi-unterlagen-archiv.

Abdruck und publizistische Nutzung sind nur mit Angabe des Verfassers und der Quelle sowie unter Beachtung des Urheberrechtsgesetzes gestattet.

© Bundesarchiv/Stasi-Unterlagen-Archiv 2016, Druckrate 03/26

